

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboabonnementsspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitzahl Nr. 4474) vierjährl. 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Versandgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Abfertigungsgebühren werden die 5 geschwätzige Zeitung oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsangebote 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Abfertigungen müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Aufgegebene Abfertigungen können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. — Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. — Telegrammabreise: Volkszeitung Leipzig.

Miliz und Militarismus.

III.

(Schluß.)

* Leipzig, 22. Februar.

Wäre die Sozialdemokratie ein Diskussionsklub für sozialpolitische Fragen, so könnte sie den Fall Schippel nach einer theoretischen Auseinandersetzung mit ihm für erledigt erachten. Da sie aber eine politische Kampfpartei ist, so ist für sie durch den theoretischen Nachweis der Verfehltheit des Schippelschen Standpunktes die Frage nicht gelöst, sondern vielmehr erst gestellt. Die Schippelsche Veröffentlichung über die Miliz ist nicht nur eine Neuerung bestimmter Gedanken, sie ist auch noch eine politische Handlung. Womit sie von der Partei beantwortet werden muß, ist deshalb nicht nur Widerlegung der Ansichten, sondern gleichfalls politische Aktion. Und zwar muß die Aktion im Verhältnis zu der Tragweite der Schippelschen Neuerungen stehen.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurden so ziemlich alle bisher als Grundsteine der Sozialdemokratie geltenden Postulate durch Angriffe aus unseren eigenen Reihen in ihrer unbestrittenen Gültigkeit erschüttert. Eduard Bernstein erklärte, ihm sei das Endziel der proletarischen Bewegung nichts. Wolfgang Heine zeigte durch seine Kompensationsvorstellungen, daß ihm die hergebrachte sozialdemokratische Taktik tatsächlich nichts ist. Nun beweist Schippel, daß er auch direkt über das politische Programm in der Partei erhaben ist. Fast kein einziger Grundsatz des proletarischen Kampfes blieb von der Auflösung in nichts seitens einzelner Vertreter der Partei verschont. Es bietet dies an sich ein durchaus nicht erfreuliches Gesamtbild. Jedoch man muß auch unter diesen sehr bedeutsamen Kundgebungen vom Standpunkt des Parteiinteresses unterscheiden. Die Bernsteinsche Kritik unseres theoretischen Gutthabens ist zweifellos eine höchst verhängnisvolle Erscheinung. Allein der praktische Opportunismus ist für die Bewegung unvergleichlich gefährlicher. Die Skepsis in Bezug auf das Endziel kann immer noch von der Bewegung selbst, so lange sie in ihrem praktischen Kampf gesund und kräftig ist, einfach weggesetzt werden. Sobald aber die nächsten Ziele, also der praktische Kampf selbst, in Frage gestellt sind, dann wird die ganze Partei mitsamt Endziel und Bewegung nicht nur in der subjektiven Vorstellung dieses oder jenes Parteiphilosophen, sondern auch in der objektiven Erscheinungswelt — „nichts“.

Der Schippelsche Angriff zielt bloß auf einen Punkt

unseres politischen Programms ab. Aber dieser einzige Punkt ist, angewiekt der grundlegenden Bedeutung des Militarismus für den gegenwärtigen Staat, praktisch bereits die Verlängerung des ganzen politischen Kampfes der Sozialdemokratie.

In dem Militarismus kristallisiert sich die Macht und die Herrschaft ebenso des kapitalistischen Staates wie der bürgerlichen Klasse, und wie die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ihn prinzipiell bekämpft, so gehorbt auch unumstößlich die principielle Bekämpfung des Militarismus zum Wesen der Sozialdemokratie. Die Verzichtslistung auf den Kampf mit dem militärischen System läuft praktisch auf die Verlängerung des Kampfes mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung überhaupt hinaus. Wir haben am Schlusse des gestrigen (II.) Artikels gesagt, dem Opportunismus bleibe nur übrig, die Schippelsche Stellungnahme zur Milizfrage auf andere Programmpunkte auszudehnen, und die Sozialdemokratie gänzlich abzuschwören. Wir dachten dabei nur an die subjektive, bewußte Entwicklung der Anhänger dieser Politik. Objektiv, der Sache nach, ist diese Entwicklung in der Neuerung Schippels bereits vollzogen.

Noch eine Seite in den opportunistischen Kundgebungen der letzten Zeit und namentlich in dem Auftreten Schippels verdient Beachtung, wenigstens angewiekt ihres symptomatischen Wertes. Es ist dies die spielende Leichtigkeit, die unerschütterliche Ruhe, ja, wie im letzten Fall, sogar die heitere Grazie, mit der an Grundsätzen getaktelt wird, die jedem nicht ganz obenhin die Parteisache ausschließende Genossen in Fleisch und Blut übergegangen sein und deren Erstürmung bei jedem aufrichtigen Sozialdemokraten wenigstens eine ernste Gewissenskrise herbeiführen sollte. Es sind dies untrügliche Zeichen — abgesehen von allem anderen — des tiefen revolutionären Niveaus, der Abschwächung des revolutionären Instinkts, Erscheinungen, die an sich unschätzbar und unweisentlich sein mögen, aber für eine Partei, die, wie die Sozialdemokratie, vorläufig zum größten Teil nicht auf praktische, sondern auf ideale Erfolge angewiesen ist und an das individuelle Niveau ihrer Mitglieder notwendigerweise, große Ansprüche stellt, zweifellos wesentlich sind. Eine harmonische Ergänzung zu den bürgerlichen Denkwegen des Opportunismus ist seine bürgerliche Empfindungsweise.

Die Tragweite der Schippelschen Kundgebung nach allen Seiten hin macht eine entsprechende Gegenkundgebung der Partei zur Notwendigkeit. Worin kann und muß diese Gegenaktion bestehen? Erstens in der klaren und unzweideutigen Stellungnahme der ganzen Parteipresse zu

der Frage, desgleichen Besprechung der Angelegenheit in Parteiversammlungen. Steht die Partei im ganzen nicht auf dem Standpunkte Schippels, wonach Versammlungen bloß Gelegenheiten sind, in denen man der Menge den Knochen der „Schlagworte“ zwischt, damit sie im gegebenen Zeitpunkt einen politischen „Herrnmennen“ in den Reichstag wählt, dann kann sie auch die Erörterung der wichtigsten parteipolitischen Grundsätze nicht als „a Edelmanns Essen“ betrachten, das bloß für die Auslese und nicht für den großen Haufen der Genossen bestimmt ist. Im Gegenteil, nur das Hineintragen der Diskussion in die breitesten Kreise der Partei kann einer eventuellen Verbreitung der Schippelschen Ansichten erfolgreich vorbeugen.

Gweitens aber, was noch wichtiger, in der Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion. Sie ist es, die vor allem berufen war, in der Schippelschen Angelegenheit das maßgebende Wort zu sprechen, einerseits, weil Schippel Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Fraktion, andererseits, weil die von ihm behandelte Frage einer der Hauptgegenstände des parlamentarischen Kampfes ist. Wir wissen nicht, ob die Fraktion in der Sache etwas gethan hat oder nicht. Da es bald nach dem Erscheinen des Schippelschen Artikels öffentliches Geheimnis war, wer hinter dem Pseudonym steckte, so hat aller Wahrscheinlichkeit nach die Fraktion nicht mit verschärften Armen zugesehen, wie eins ihrer Mitglieder ihre eigene Thätigkeit verhöhnte.

Und hat sie's nicht schon vorher gethan, so könnte sie das Versäumte nachholen, nachdem Schippel durch Stantsch aus seinem Wolfsfell herausgeschüttelt worden war. Gleichviel, hat die Fraktion zum Falle Schippel Stellung genommen oder nicht, das Ergebnis ist ungefähr das gleiche, so lange sie es nicht zur Kenntnis der Gesamtpartei gebracht hat. Gezwungen, sich auf dem Parkettboden des ihrem eigentlichen Wesen fremden, bürgerlichen Parlamentarismus zu bewegen, hat die Sozialdemokratie anscheinend unwillkürlich und unbewußt auch manche Sitten dieses Parlamentarismus übernommen, die aber mit ihrem demokratischen Charakter nicht recht in Einklang zu bringen sind. Dazu gehört z. B. unseres Erachtens das Auftreten der Fraktion als einer geschlossenen Körperschaft nicht nur den bürgerlichen Parteien — was durchaus notwendig — sondern auch der eigenen Partei gegenüber — was zu Unzuträglichkeiten führen kann. Die Fraktionen der bürgerlichen Parteien, in denen parlamentarischer Kampf meistens in der reizlosen Gestalt von Kuhhandel und Tauschgeschäft ausgefochten wird, haben allen Grund, das Bild der Daseinsfähigkeit zu scheuen. Die sozialdemokratische Fraktion dagegen hat weder das Bedür-

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Jakob der Letzte.

Eine Waldbauerngeschichte aus unseren Tagen.

Von P. A. Rosegger.

Erster Teil.

Ein seltsames Pfingstfest.

Das war am heiligen Pfingstsonntag nach der Mahlzeit. Jakob, der Hausvater, saß in der wohl durchwärmten Stube und las in einem alten Buche. In weißen Hemdärmeln, wie er war — der durchnässte Lodenrock trocknete am großen Kachelofen — stützte er seine Arme breit auf den Tisch, und die Finger über dem Buche ineinandergeflochten, las er das „Pestzel“ vom heiligen Geist. Er las vielleicht nicht mit voller Andacht, wie sie sich für einen so hohen Festtag wohl geziemte. Denn bisweilen hob er sein Haupt und blickte zum Fenster hinaus in das Schneegestöber. Die Flocken wirbelten so dicht, daß die Linde, die dort an der Weingethorschränke stand, nur als dunkle, verschwommene Masse durch das trübe Grau schattete. Die hohen Fichtenbäume vor dem Hause, die kaum über die Hälfte hinauf sichtbar waren, bengten ihre verknornten Äste unter den Schneelasten, die jungen Lärchen auf dem Anger standen wie Buckerhüte, und dort, wo gestern die matenhaft blühenden, duftenden Hollundersträucher gestanden, waren jetzt Schneeberge. Die Säulen der Thorsträuche hatten hohe Hauben auf, wie der Bischof, wenn er draußen zu Sand-

eben die Firma hält. Die Baumstelen halten spitze und stumpfe Hüttlein, Helme, Schnäbel, Rissen und Bänder von Schnee.

Wenn das Pfingststaat sein soll!

Jetzt kam der Wind und fegte den Schneestaub von den Bäumen, Sträuchern und Dächern des Hofes und ließ ihn tanzen und wehte ihn an die Fenster, wo er sich in die Ecken, Rinnen und an die Rahmen schmiegte.

„Gott sei Dank, daß der Wind kommt!“ sagte der Jakob, sonst wollt's bald Fehen geben in den Kirchbäumen und Linden. Die Elessen-(Traubensäulen)-Stauden hat's schon zerrissen. Ist ein schlummernder Kamerad, der Schnee, wenn er zu solcher Jahreszeit kommt.“

Auf den Dachgiebeln und unter den Vorsprüngen der Dächer hüpsten und schwirrten Vögel umher; die Finken und Drosseln waren vom Walde, die Zitschen und Berchen von dem Felde hergekommen und nisteten sich bei den Schwalben zu Gäste laden, Schutz und Unterschlund suchen im Reuthofe. Aus dem Hause war ein wilder Knabe gestürmt, um mit Schneeballen nach ihnen zu werfen.

Der Jakob beobachtete den Knaben, der mit glühenden Wangen und Augen im Schneegestöber umlief, von jungen Bäumen den kippigen Raum auf sich niederschüttete und mit Geschrei und Geschleuder das ratlose Geflügel verfolgte. Schier mit Wohlgefallen schaute der Jakob darauf hin, als dachte er: das wird auch einmal ein rechter Altenmoosjer Jodel! Dann öffnete er das Fenster und rief scharf hinaus: „Jäckel! Lass mir die Vögel in Ruh und geh' herein; es ist zum Veten!“

Zest stand der Hausvater aufrecht. Was er in seiner Gebiegstracht für ein strammer, stattlicher Mann war! Das frische, jugendliche Gesicht glatt rasiert bis auf den Schnurrbart; die Nase scharf und kühn gebogen, die Augen unter

dunklen Brauen etwas tief liegend und freundlich blau von Farbe. Bart und Haar waren lichtblond und schimmerten schier ein wenig golden; letzteres war rückwärts kurz geschnitten und vorne quer und locker über die Stirne gelegt. In den Stichen waren, wer genau sehen wollte, einige Blätternarben. So aufrecht der Mann stand, der Kopf war leicht vorgeneigt. Das ist kein Wunder bei einem hochgewachsenen Hans- und Familienvater, der auf die Seinen immer herabschauen muß, der auch das kleinste zu seinen Füßen friende oder an seinen Seiten krabbelnde Wesen nicht übersehen darf, der seine Kraft und seine Sorge und seine Liebe aus dem Boden zieht, auf dem er steht, und von seinem Hause wieder nieder spendet auf diesen Boden und auf alles, was darauf wächst und ihm umgibt. Er ist immer der Säemann und der Entende zugleich.

Nun spitzte der Jakob die Lippen und that einen hellen Pfiff. Als bald kamen die Hauseleute aus den Kammern, aus der Küche, aus den Stallungen herbei und versammelten sich in der großen Stube zur Pfingststandacht am Nachmittage, die heute nicht wie sonst draußen in der Kapelle abgehalten werden konnte.

Es waren derb, eckige Knechte und schälernde Mägde; es war ein buchliches Männlein dabei und es waren halbwachsene Jungen, gleichsam eine niedergehende und eine aufgehende Zeit. Alles harmlos munter. Es kam auch die Hausmutter herein, ein etwas schmächtiges, blasses Weib, das, so jung an Jahren es noch sein möchte, allen Übermut und alle Bandenkünste den Kindern abgetreten zu haben schien. Nur ein Knäblein hing an des Weibes Kittelfalte,

daß noch blässer als die Mutter war und seltsam große, kreisrunde, ganz vergleichsweise blaue Augen hatte. Auch der Knabe Jäckel war zur Thür hereingetrottet, über und über voller Schnee, wurde aber in solcher Gestalt vom Vater

nis, noch auch den Anlaß, das Ergebnis ihrer Verhandlungen als Internum zu betrachten, sobald es sich um Parteiprinzipien oder wichtige taktische Fragen handelt. Die Erledigung einer solchen Frage nur in einer Fraktionssitzung würde dann genügen, wenn es bei uns, wie bei den bürgerlichen Parteien, lediglich auf die schlichte Erzielung einer bestimmten Abstimmung der Fraktion im Reichstag ankomme. Für die Sozialdemokratie aber, für die der parlamentarische Kampf ihrer Fraktion viel wichtiger vom rein agitatorischen als vom praktischen Standpunkt ist, kann es gegebenenfalls nicht auf einen formellen Mehrheitsbeschuß der Fraktion, sondern auf ihre Diskussion selbst, auf die Klärung der Lage ankommen. Für die Partei ist es mindestens so wichtig, zu erfahren, wie ihre Vertreter über die parlamentarischen Fragen denken, als wie sie darüber in ihrer Gesamtheit im Reichstage abstimmen. In einer von Grund aus demokratischen Partei kann das Verhältnis zwischen Wählern und Abgeordneten unter keinen Umständen durch den Wahlkampf und die mehr äußerlich-formelle, summarische Berichterstattung auf den Parteitagen als erledigt erachtet werden. Die Fraktion muß vielmehr in möglichst lebendiger ununterbrochener Fühlung mit der Parteimasse verbleiben, und dies wird namentlich zum einfachen Gebote der Selbstverhaltung angesichts der opportunistischen Strömungen, die in der letzten Zeit gerade unter den Parteiparlamentariern zu Tage treten. Eine wesentliche Stellungnahme der Fraktion zu den Neuerungen Schippels war und ist schon deshalb notwendig, weil die Partei in ihrer Masse, so sehr sie's auch wünschen mag, einfach nicht die physische Möglichkeit hat, als Ganzes selbst in dieser Frage aufzutreten. Die Fraktion ist eine berufene politische Vertretung der Gesamtpartei und hätte durch ihr eigenes offenes Vorgehen indirekt der Partei zu der notwendigen Stellungnahme verhelfen sollen.

Drittens endlich hat auch die Partei direkt als solche über den Fall Schippel ihr Wort zu sagen und zwar in der einzigen Form, die ihr dazu zu Gebote steht — auf dem nächsten Parteitag.

Es hieß bei der Stuttgarter Diskussion über die Bernsteinischen Artikel, der Parteitag könne nicht über theoretische Fragen abstimmen. Nun haben wir im Falle Schippel eine rein praktische Frage. Es hieß, die heineschen Kompen-sationsvorschläge seien bloß unangebrachte Zukunftsmusik gewesen, mit der die Partei nicht zu rechnen brauche. Nun haben wir bei Schippel Gegenwartsmusik. Und zwar hat sich in der Schippelschen Stellungnahme zur Milizfrage die opportunistische Politik, wie gesagt, zu ihren letzten Konsequenzen entwickelt, sie ist sprachreif geworden. Es erscheint uns als dringende Aufgabe der Partei, aus dieser Entwicklung durch eine klare und unzweideutige Stellungnahme die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Sie hat dazu alle Ursache. Es handelt sich gegebenenfalls um einen Vertrauensmann, einen politischen Vertreter der Partei, der ihr seinem Amt nach zum Schwert im Kampfe, dessen Aktion ihr als Damm gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates dienen sollte. Verwandelt sich aber der Damm jeden Augenblick in ein Ding von breiartiger Beschaffenheit und bricht die Klinge im Gefecht, wie eine papierene zusammen, dürfte dann nicht die Partei auch ihrerseits dieser Politik einmal zutreffen:

„Fort mit dem Brei,
Ich brauch' ihn nicht,
Aus Pappe schmied' ich kein Schwert! . . . ?“

Politische Übersicht.

Centrum und Bünd der Landwirte.

In der Kölnerischen Volkszeitung wird neuerdings das Verhältnis des Centrums zum Bünd der Landwirte eingehend beleuchtet, und die Auseinandersehungen des Centrumsblattes laufen schließlich auf eine Abhängigkeit an den Bünd hinzu.

Das Blatt schildert das Fiasco der ersten Zusammenkunft der Wirtschaftlichen Vereinigung, die auf den 6. Dezember, also noch vor dem offiziellen Zusammentritt des Reichstages, einberufen worden war. Die Herren vom Bunde blieben unter

zurück in die Kühle gewiesen, wo er — den Hut ausschlenkernd — der alten am Herde sauernden Einlesgerin Schnee und Wasser ans Gewand warf. Weil die Alte sich dogegen auslehnte, so sprang er an die Hühnersteige, die unterhalb des Herdes war, sprengte Wasser hinein und trällerte:

„Hendl bi bi,
Hendl bo bo,
Bannst ma (wann du mir) loan Orl (Eierchen) gleich,
Stich is dih oh!“

In der Stube gingen die Leute zu den Sitzbänken, die rings an den Wänden sich hinzogen, und knieten davor auf dem Fußboden nieder, so daß sie bei gefalteten Händen ihre Ellbogen auf die Bänke stützen konnten. Der Jakob nahm vom Hausaltare, der hoch in der Wandcke angebracht war, das kleine hölzerne Kreuzifix herab, stellte es mitten auf den Tisch und zündete davor eine aus dem Wachsstock abgewickelte Kerze an. Dann langte er vom Wandnagel die große Rosenkranznur, kniete damit auf einem Schemel an den Tisch, machte unter lautem Ausruf der Worte mit dem Daumen über Stirn, Mund und Brust die Kreuzzeichen und begann zu beten.

„Sezt wollen wir,“ hub er an, „zum heiligen Geist rufen, daß er uns erleuchte in Glück und Unglück zum rechten Thun und Lassen. Und wollen Gott bitten um ein gesegnetes Jahr in Feld und Stall für uns, unsere Nachbarn und alle Freunde und Feind. Wollen auch beten für alle, die aus diesem Haus hinausgestorben sind — christlich zu gedenken. Dann beteten sie den „glorreichen Rosenkranz“ zum Gedächtnisse an die Auferstehung, Himmelfahrt des Herrn und an die Sendung des heiligen Geistes. Der Hausvater sprach jetzt den ersten Teil des Gebetes, das Gesinde sprach im Chor den zweiten Teil, und es scholl schier harmonisch wie gesämpelter Orgellang.“

sich, und die Vorstandshaft der konservativen Fraktion war über das voreilige Vorgehen des Bundes nicht gerade erbaut.

Nach dem unglücklichen Anfang wurde eifrig in der Sitzung gearbeitet und mit allen Mitteln versucht, das Centrum in die Vereinigung hineinzuziehen. Man bot ihm sogar, um es faire zu machen, den Vorsitz an. Die Bemühungen waren umsonst. Die Köln. Volkszg. schreibt:

Das „Fischen in den Teichen“ des Centrums, oder, wie noch landwirtschaftlicher sich ausdrückende Leute meinten, das „Krahen auf dem Mist“ des Centrums blieb ohne alle Gegenliebe. Kein Fischlein, kein Würmlein! Doch es mußte gelingen. Wenn es nur gelang, einmal einen kleinen Anfang zu machen! Es kam dann die Reichsbankgesetzesnovelle. Da wurde ein führer Versuch gemacht. An die Mitglieder des Reichstages, die nach Lage der Sache für zugänglich gehalten wurden, erging eine ganz harmlose Aussöhnung zu einer „informatorischen Befreiung“ auf den 31. Januar. Die Begründung lautete einfach: „Es besteht auf verschiedenen Seiten des Hauses der Wunsch, vor der Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung des Bankgesetzes, zu einer informatorischen Befreiung über denselben zusammenzutreten.“ Das war alles. Die Sache ging von der Rechten des Hauses aus. Da versichert wurde, es handle sich weiter um den Bund der Landwirte, noch um die Wirtschaftlichen Vereinigung, so hatten vom Centrum die Abgeordneten sich bereit finden lassen, die Einladung mit zu unterzeichnen. Als dann mehrere Mitglieder des Centrums der Einladung folgten, fanden sie allerdings weder den Bund der Landwirte, noch die Wirtschaftlichen Vereinigung, aber doch — die gleichen Leute, den gleichen Ton und die gleichen Bestrebungen. Zum Ueberfluß ging am folgenden Tage die Rottz durch die Plätze: „Die Freie Vereinigung des Reichstags hielt gestern unter zahlreicher Beteiligung im Reichstagssaal eine Befreiung über das Bankgesetz ab. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Über die Befreiung soll Stillschweigen gewahrt werden.“ Dann hieß es weiter: „Heute abend wird die Freie Vereinigung ihre Befreiungserklärungen fortsetzen.“ Das soll auch geschehen sein; aber — die Herren waren wieder unter sich — vom Centrum erschien niemand mehr.

Diese Mitteilungen des Centrumsblattes sind den Agrariern nicht gerade angenehm. Die Deutsche Tageszeitung sucht die Ausführungen als unzuverlässig hinzustellen und ihr Gewicht dadurch abzuschwächen, daß sie zu wissen behauptet,

dass das Centrum der Wirtschaftlichen Vereinigung durchaus nicht feindlich gegenübersteht, sondern geneigt ist, in geeigneten Fällen sich mit ihr ins Bemühen zu setzen.

Wenn das Centrum nur „geneigt“ ist, in „geeigneten Fällen“ sich mit der Vereinigung „ins Bemühen zu setzen“, so ist doch wenigstens das klar, daß die Bündler jetzt sich nur noch mit bescheidenen Hoffnungen begnügen, und es wird sich zeigen, ob

Deutsches Reich.

Parlamentsabreise.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 21. Februar. Nach einer Pause von mehr denn einer Woche setzte der Reichstag heute die zweite Sitzung des Etats fort, die noch sehr im Rückstande ist. Der Etat des Reichsjustizamtes wurde in Angriff genommen. Dabei kamen eine Anzahl Fragen zur Sprache, die das Parlament schon häufig beschäftigt haben, die bedingte Verurteilung, die Entschädigung für unabschließende Untersuchungshaft, die Ueberlastung des Reichsgerichts, der Strafvollzug, die Sicherstellung der Fortsetzungen der Bauhandwerker und die Reform der Zwangsvollstreckung. Den breitesten Raum nahm die Erörterung der bedingten Verurteilung in Anspruch. Der ultramontane Oberlandesrichter Noeren und der freisinnige Amtsrichter Müller bezeichneten die bedingte Begnadigung, die an Stelle der bedingten Verurteilung bei uns eingesetzt ist, als ungünstige Maßregel und sprachen von ihrem völligen Fiasko. Während in Belgien, England und Frankreich seit Einführung der bedingten Verurteilung die Zahl der Rücksäßigen enorm gestiegen ist, ist die bedingte Begnadigung ganz wirkungslos geblieben. Die bedingte Verurteilung liegt in den Händen des Gerichts, die bedingte Begnadigung erfolgt auf Antrag der Staatsanwaltschaft und ist eine verhältnismäßig selten angewandte administrative Maßregel.

Herr Nieberding, der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, bekannte sich als Anhänger der bedingten Verurteilung und vertheidigte die bedingte Begnadigung nur laut; doch will er erst weitere Erfahrungen abwarten, bevor er sich zu einer Reform entschließt. Gegen die Ueberfüllung des Reichsgerichts empfahl er sein altes Mittel, die Erhöhung der Revisionssumme, und kündigte an, daß die Regierung nach Durchführung des Bürgerlichen Gesetzbuches diesen vom Reichstag in der vorigen Legislaturperiode abgelehnten Vorschlag wieder einbringen werde.

Während des Gebetes wollte zwar ein vorwitziger Knecht seiner schalkhaften Nachbarin mit dem Zeigefinger ein „Brösel“ den entblößten Atem fischen; der Hausvater hörte das mühsam und vergebens verhaltene Sticheln der Anzettischen, sah einen Augenblick im Gebete aus und warf einen ernsthaften Blick auf das schäkende Pärchen, sofort war dieses ruhig und die Andacht nahm ihren würdigen Fortgang.

Noch bevor sie zu Ende war, polsterte zur Büre ein Mann herein, strampfte an der Schwelle den Schnee von den Füßen, schüttelte den Schnee von Hut und Rock, kniete dann neben einen Knecht an die Bank hin und betete mit. Er wurde weiter nicht beachtet. Als das Gebet unter nochmaliger Ausrufung des göttlichen Geistes „um Weisheit und Beständigkeit“ zu Ende war und der Hausvater das Kreuz gemacht hatte, sagte dieser, sich von seinem Schemel erhebend: „Schau, der Knatschel! Wir haben Dich ein wenig zum Beten gebraucht.“

„Schadet mir eh nit,“ antwortete der früher Eingetretene, während auch er steif und unbefüllt aus der freudigen Stellung aufstand. Der Nachbar Knatschel war's, der auf dem Heimweg aus Sandeben im Reuthofe zusprach, um sich ein wenig von der Unbill des Wetters zu erholen.

Er war ein unterseitzer Mann mit kurzem Halse und breitem, stets gutmütig lachendem Gesicht, das heute vom Frost und vielleicht auch von etwas anderem gerötet war.

„Ein sauberes Pfingstmontagswetter, das!“ sagte der Knatschel.

„Das ist wohl wahr,“ redete der bucklige Alte in seiner ihm eigenen weitsäugigen und unbestimmten Ausdrucksweise drein, „so fein weiß haben die Kirschbäum' schier völlig lang nimmer gedüftet, als wie dasmal. Das ist richtig wahr auch.“

„Wird schon wieder anders werden,“ meinte der Jakob.

22. Februar

Leipziger Volkszeitung

22. Februar

Die Sicherstellung der Forderungen der Bauhandwerker hat eine Kommission von Sachverständigen beschäftigt, die ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen hat; die Erhöhung des Strafmündigkeitsalters von zwölf auf vierzehn Jahre ist ein Problem, das das Justizamt noch beschäftigt. Auch eine Reform der Zwangsvollstreckung, die der Abg. Dr. Böckel angeregt hatte, steht noch in weiter Ferne.

Die Frage der Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchung wurde von dem freisinnigen Abg. Beck angeschritten, der eine früheren Beschlüssen des Reichstags in dieser Frage entsprechende Resolution eingebracht hatte. Zu einer breiteren Erörterung dieses Themas kam es aber heute noch nicht.

Zu diese ruhigen Debatten schob sich eine erregte Scene. Gräfinnauer hatte in seiner Jungfernrede einen Einzelfall aus dem weiten Gebiet sächsischer Justiz zur Sprache gebracht, der von großer prächtiger Dramatik ist. Es handelt sich um das bekannte Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts vom 10. Dezember v. J., das eine Dresdener Polizeiverordnung über das Heilbien von Druckdrücken auf bestimmten Strafen auch zur Wahlzeit als zu Recht bestehend erkannt hat, obwohl der § 43 der Reichsgewerbeordnung derartige polizeiliche Beschränkungen für diese Zeit aufhebt. Gräfinnauer hat an dieses Urteil eine scharfe Kritik über die sächsische Justiz im allgemeinen geknüpft, die das Unglück hatte, den sächsischen Generalstaatsanwalt Rüger schwer zu ärgern. Der Vertreter der sächsischen Regierung erhob sich, um unsern Redner für seinen „Missbrauch der Macht“ abzufangen. Dieser Eingriff in die Befugnisse des Präsidenten war so flagrant, daß selbst Herr von Frege, der während dieser Scene den Vorsitz führte, nicht umhin konnte, dem Herrn Generalstaatsanwalt nachträglich zu bedenken, daß er diesen Uebergriff nicht dulden könnte, den die Linke durch lebhafte Rufe: zur Ordnung! sofort gerichtet hatte. Natürlich wandte Herr von Frege die Nebenwürdigkeit Form bei dieser Befreiung an, die ihm nur zu Gebote stand, und gewissermaßen zum Ausgleich rief er Gräfinnauer nachträglich für den Ausdruck „brutale Gewaltthat“ zur Ordnung.

Sachlich hatte Herr Rüger zur Befreiung des Urteils des Dresdener Oberlandesgerichts übrigens nur mitteilen können, daß es mit seiner Zustimmung gefaßt worden sei.

Aus dem preußischen Landtag.

H. Berlin, 21. Februar. Das Abgeordnetenhaus beendete heute die zweite Sitzung des Justizamtes. Wie gestern, so nahmen auch heute wieder die Jäger die Gelegenheit wahr, einen Vorstoß gegen die geheime Wahl zu führen. Der Justizminister Schönstedt erklärte nämlich zu Beginn der Sitzung in Kurzform unanfechtbar Weise, daß auf Grund einer Entscheidung des Kammergerichts und auf Grund wiederholter Beschlüsse des Reichstages jeder Wähler das Recht habe, bei der Reichstagsswahl jedes beliebige Wahllokal zu betreten. Das passt den Jägern, die sich bei der Wahlhandlung nicht gern beobachten lassen, natürlich nicht, und so erklärten sie denn unter Führung des Abg. Freiherrn v. Erffa, daß die Beschlüsse des Reichstags für sie nicht bindend seien und daß sie sich für befreit halten, als Wahlvorsteher von jedem Besucher eines Wahllokals eine Legitimation zu fordern. Diesen Geheimschätern gegenüber wäre es dringend erwünscht, daß die Regierung eine allgemeine Verfügung an die Wahlvorsteher erlässt und ihnen die gesetzlichen Bestimmungen ins Gedächtnis ruft. Sonst könnten wir uns bei den nächsten Wahlen noch auf ganz andere Verstöße gefestigt machen, als wie sie schon jetzt zum Regel gehören. Uebrigens ist das Verlangen des Abg. v. Erffa schon aus dem Grunde undurchführbar, weil sonst jeder Wähler außer den gewöhnlichen Legitimationspapieren am Tage der Wahl auch Becheinigungen darüber bei sich tragen müßte, daß er sich nicht im Konkurs befindet, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und seine Armenunterstützung bezieht.

Aus der übrigen Debatte ist nur noch die Annahme des von allen Parteien unterstützten Antrages erwähnenswert, der die Biegung auffordert, noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den unter voller Wahrung der dienstlichen Interessen den älteren Richtern aus Anlaß des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches der Übergang in den Ruhestand erleichtert wird.

Morgen: Gesetzentwurf betr. das Bernsteinregal und Etat der Finanzverwaltung.

Das Repräsentantenhaus ist nach längerer Pause heute wieder zusammengetreten und hat sich nach Erledigung einiger unwichtiger Vorlagen auf morgen verlegt. Zur Beratung steht u. a. das Kommunalbeamtengeley. Ebenso wie das Abgeordnetenhaus hat auch dieses Haus von dem Ableben des früheren Ministerpräsidenten Grafen v. Caprivi keine Notiz genommen.

„Dreiviertel Jahr Winter und ein Vierteljahr salt,“ sagte der alte Knecht, „namla wohl, so geht's hisch zu, bei uns im Gebirg.“

„Geh her zum Tisch,“ lud der Jakob den Nachbar ein, „und schneid' Dir ein Brot ab.“ Damit that er aus der Tischlade einen großen Laib Brot mit Schneidemesser, legte beides auf den Tisch und setzte sich auch selber hin.

Der Knatschel setzte sich daran, füllte aus der Tabakblase seine Pfeife, zog ein zierliches Stahlzänglein aus der Hosentasche, hielt es dem kleinen Wädel hin und sagte: „Geh, Dirndl, bring mir Feuer!“

Während die Kleine zur Herdglut hinaufstieß und bald mit einer glühenden Kohle im Zänglein zurückkam, sagte der Knatschel: „Ja, Nachbar, ich hab' mir's anders gemacht. — Brav Dirndl, kriegst zu Vohn einen sauberen Mann, wenn Du groß bist.“ Blies die Kohle rotglühend und stieß sie in die Pfeife. „Ja, Nachbar,“ fuhr er passend fort, „ich hab' mir's anders gemacht.“

„Was meinst?“ fragte der Jakob.

„Wir ist's zu dumm worden in Altenmoos. Wer sich's besser machen kann — ein Lapp, der's nit thut.“

Der Jakob sah ihn fragend an.

Der Knatschel beugte sich vor gegen ihn, gab noch ein paar Knutschöpfe von sich, daß die blauen Strähnlein wackelten in der Luft schwammen, und sagte halblaut: „Mein Haus hab' ich verkauft.“

Dann belauerte er den Eindruck, welchen diese Nachricht auf den Nachbar machen würde. Weil aber der Jakob gar so unbeweglich dastand, als hätte er das Wort nicht verstanden, wiederholte der Knatschel noch einmal: „Mein Haus hab' ich heut' verkauft.“

(Fortsetzung folgt)

Bericht der Majestätsbeleidigungssache.

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Düsseldorf der Tagelöhner Witz in Selbst zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte in angetrunkenem Zustande in einer Wirtschaft eine beleidigende Anehrung gehabt und sich gleichzeitig des Haussiedensbruchs schuldig gemacht.

a. Erfurt, 21. Februar. Wegen Majestätsbeleidigung wurde heute Genosse Heinrich Schulz von der Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafhat fand man im Leitartikel der Weihnachtsnummer der Tribune, beschriftet: Friede auf Erden! Es war darin auf den Kontrast hingewiesen, der sich so recht zeige, wenn in der Kirche Friede auf Erden gepredigt und an anderer Stelle der Krieg gegen die politische und gewerkschaftliche Arbeiterorganisation durch Buchthaus vorlagen etc. fortgesetzt werde. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt. Die Verhandlung wurde ohne Abschluß der Offenlichkeit geführt.

Berlin, 22. Februar. Die Verweigerung der Bauverlautbarung für die neue Einfriedung des Friedhofes der Märzgefallenen wird auch von der konservativen Presse sehr kritisiert. So schreibt der Hamburger Korrespondent:

Der Beleidigungsversuch des Volkspresidenten wird von der großen Masse des liberalen Bürgertums als eine harte Kränkung empfunden, und im größeren gesellschaftlichen Zusammenhang stellt er sich als eine ebenso kleinliche wie zwecklose Maßregel dar, die in das System der Politik der Adelsregierung hineinpaßt, zu dessen Träger sich das preußische Ministerium des Innern mehr und mehr entwölft hat. Darüber aber sollte man sich noch gerade klar sein, daß eine derartige Politik, die im Verkehr der Völker gerade in der jüngsten Zeit überall verurteilt wurde, auch im Innern nur Schaden anrichten kann, und daß ferner Herr von der Recke insbesondere nicht der Mann ist, die Geschichte rückwärts zu revidieren".

Die Kölnische Zeitung, die mit der Entscheidung in der Friedhofsangelegenheit zufrieden ist, benutzt auch den Fall zu einem Vorstoß gegen Herrn v. d. Recke. Sie schreibt:

Die bisherige langwierige Verzögerung der Entscheidung war in der That durchaus geeignet, auf die Zustände in unserer inneren Verwaltung ein recht schlechtes Licht zu werfen... Jetzt, nach einer Reihe von Monaten, hinkt endlich die Behörde mit der Verweigerung der Bauverlautbarung nach; sie hat mit dieser durch nichts zu rechtfertigenden Verzögerung ihre Lage wesentlich verschlechtert. Denn jene Neuen der Stadtverordneten, die eine Verberichtigung der Revolution bei der Neuauflösung des Friedhofes zum Ziel hatten, sind inzwischen so gut wie vergessen. Auf der anderen Seite aber ist es eine alte Erfahrung, daß eine Regierung, die in solchen Fragen sich nicht rasch und zielbewußt entscheiden kann, auch bei ihren eigenen politischen Freunden schnell alles Vertrauen und alles Ansehen einbüßt.

Über den Rücktritt des Ministers v. d. Recke will die Potsdamer Zeitung von glaubwürdiger Seite aus Berlin erfahren haben, daß die Verabschiedung des Ministers v. d. Recke sich nur verzögerte, weil der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Braumhoffs, zuvor anderweitig untergebracht werden sollte, damit der Direktor im Ministerium des Innern Dr. v. Bitter, der an die Stelle v. d. Reckes treten soll, nicht seinen jetzigen unmittelbaren Vorgesetzten zu überspringen brauche, was die Rücksichtnahme auf den Unterstaatssekretär verbiete.

Während die Thronrede für diese Tagung des Landtags einen Gesetzentwurf zur Besteuerung der großen Warenhäuser angekündigt hat, erklärt jetzt die Nordde. Allgem. Ptg., daß der betreffende Gesetzentwurf noch den Gegenstand weiterer Beratungen bildet, und daß sich noch nicht übersehen läßt, wann derselbe dem Landtag vorgelegt werden wird.

Dem Reichstage sind die Berichte über die Tätigkeit der Reichskommissare für das Auswanderungswesen während des Jahres 1898 zugegangen.

Unter dem Ausweisungskurs. Der Amtsrichter Hahn in Nordburg hatte dem dänisch gesunkenen Bauer Klaus Klausen in Klingberg das Erziehungsrecht überlassen, weil er seine Tochter eine dänische Hochschule besuchen ließ. Das Landgericht in Flensburg hat jetzt dieses Urteil aufgehoben. Das wird hoffentlich für die Herren Amtsrichter im Nordschleswig ein Zeichen sein, von der im Reichstage genügend gedenkenswerte Mahnregel in Zukunft abzusehen.

Königsberg, 22. Februar. Die hiesige Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur der Volkstribüne, Genossen Skakut, wegen öffentlicher Beleidigung des Reichskanzlers, begangen in einem Das deutsch-englische Abkommen überschriebenen Artikel, zu 6 Monaten Gefängnis.

D. Aus der Pfalz, 21. Februar. Die Bündler hielten am Sonntag in Krichheim a. Er., daß der Ausgangspunkt der Mittelstandsbewegung in der Pfalz ist, eine Versammlung ab, in der eine Klärung des Verhältnisses zwischen Bündlern und Nationalliberalen herbeigeführt werden sollte. Und sie ist herbeigeführt worden. Bekanntlich haben sich die beiden feindlichen Brüder noch während der letzten Reichstagswahl bis aufs äußerste bekämpft. Die Bündler wollten von den Stadtherren nichts mehr wissen. Für sich selbst war aber keine der beiden Richtungen stark genug. Die Bündler verstanden es, für sich die Vorteile aus der Voge zu ziehen. Die jetzigen Pfälzer Abgeordneten mit Ausnahme unseres Genossen Thierhart sind Voll- und Halbbürgerkrieger, wie sich ein Pfälzer auf dem Bündertag im Circus Witz ausdrückte. Eins hatten die Nationalliberalen aber doch erreicht. Lucke, der preußische Sendling des Bundes, wurde mit Entfernung aus der Pfalz hinausgeworfen. Er hat nun auch am Sonntag feierlich vor verharmeltem Kriegsvolk auf seine Tätigkeit in der Pfalz verzichtet und dem Chefredakteur des Neustädter Kurier, Max Treutler, der seiner Zeit Bismarck in einer Ode als Gott feierte, zum Generalissimus ernannt. Damit dürfte Lucke für die Pfalz abgeholt sein.

Das Auftreten Luckes ließ erkennen, daß den Bündlern die schwere Siegeszuversicht abhanden gekommen ist. Seine Rede trug von Friedensbeteuerungen und Versöhnungsworten. Er schwor Stein und Stein, daß er kein Gegner der Nationalliberalen, sondern ihr Freund sei. Der nationalliberale Rechtsanwalt Köhler aus Frankenthal gestattete sich die kleine Bosheit, Lucke auf verschiedene Widersprüche zwischen einst und jetzt aufmerksam zu machen. Über den Beifall, der ihm von der Verbindung wurde, haben aber die Nationalliberalen keinen Grund zu stolzieren. Ihr Triumph ist mit ihrer Selbstentmannaung verbunden. Nachdrücklich wurde ihnen von allen Seiten zu Gesicht geführt, daß sie "agratisch" werden müssen. Soweit ist es mit dem ehemals so stolzen Nationalliberalismus in der Pfalz gekommen. Unfähig, aus eigener Kraft etwas zu unternehmen, humpelt er an den Füßen des Bundes und lebt von seiner Gnade.

kleine politische Nachrichten. Die Posener Strafkammer verurteilte den Chefredakteur der Posener Zeitung, G. Gollobek, wegen Beleidigung des Oberpräsidenten, begangen durch einen

Artikel in der Posener Zeitung, bestehend: Die starke Regierung, zu zweit Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten. Der Staatsanwalt bat drei Monate beantragt. Oberpräsident Frhr. von Wilamowitz-Möllendorff wurde als Zeuge vernommen. — Die badische Zweite Kammer ist am Dienstag wieder eröffnet worden. — Der unabhängige Kongostaat teilt, wie aus Brüssel gemeldet wird, mit, die Truppen des Barons Obams hätten Rabatte wiedererobert, die Aufständischen auf der Flucht verfolgt und geschlagen. Die Niederlage der Aufständischen sei von Bedeutung, wenn sie auch keine entscheidende gewesen sei. — In der spanischen Deputiertenkammer interpellierte am Dienstag Canalejas über die Pläne des Finanzministers, besonders soweit sie die Bezahlung des nächsten Coupons der cubanischen und der philippinischen Schulden betreffen. Der Finanzminister entgegnet, er könne über seine Pläne noch nichts sagen, denn er habe sie seinen Kollegen noch nicht mitgeteilt. — Der nervöse General. Der griechische General Smolenski schwätzte zwei Drittelstunden athenischer Tageblätter seine Zeugen. Diese erklärten sich indessen für nicht zur Menschenhaft verpflichtet, weil sie die Politik, nicht die Person des Generals kritisieren hätten. — Über die Lage auf den Philippinen telegraphiert General Otis nach Washington, in Manila sei alles ruhig. Eine kleine Schar von Aufständischen, die im Osten der Stadt stand, sei am 20. Febr. unter beträchtlichen Verlusten zurückgeworfen worden. — Ramon Guerra, der Präsident des neuen venezolanischen Staates Guárico, hat sich, wie aus Caracas gemeldet wird, gegen den Bundespräsidenten Andrade empört.

Oesterreich-Ungarn.**Die ungarische Krise.**

Budapest, 21. Februar. Der designierte Ministerpräsident Szell hat mit den Führern der Opposition bereits konferiert und das größte Entgegenkommen gefunden. Es ist gegründete Hoffnung, daß der Kompromiß und die Kabinettbildung bis Ende dieser Woche beendet sein werden, worauf Szell voransichtlich am Sonnabend dem Kaiser die Ministerliste vorlegen wird. Es verlautet, daß der Finanzminister Dr. v. Lukacs, der Handelsminister Baron Fejervary, der Minister a. lat. Graf Széchenyi und der Kultusminister Dr. v. Blasius in dem neuen Kabinett eintreten sollen. Von neuen Ministern wird nur der Referent der Budgetkommission Alexander Hegedus als Kandidat für das Handelsministerium genannt.

Frankreich.**Die Botschaft des Präsidenten. — Auflösung der vaterländischen Liga. — Englisch-Französisches.**

Paris, 21. Februar. Die Botschaft des Präsidenten Loubet, die heute in der Deputiertenkammer von dem Ministerpräsidenten Dubugny und im Senat vom Justizminister Lebret verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

"Meine Herren Deputierten (Senatoren)! Zum obersten Amte des Landes berufen, bedarf ich zur Erfüllung der hohen Pflichten, die es auferlegt, der Mithilfe des Senats und der Deputiertenkammer. Ich bitte Sie um Ihre Mithilfe und bin sicher, daß Sie mir nicht schaden wird. Sie dürfen daran rechnen, meine Herren, daß ich den festen Willen habe, alle meine Kräfte dem Schutze der Verfassung zu widmen. Als Pfand dafür dienst Ihnen meine unveränderliche Hingabe für die Republik. Die in wenigen Stunden nach dem plötzlichen Ableben des tiefen und betrauerten Präsidenten Félix Faure vollzogene regelrechte Übergabe der Gewalten ist in den Augen der ganzen Welt ein neuer Beweis der Treue Frankreichs für die Republik gewesen, in einem Augenblick sogar, wo einige Verirrte das Vertrauen des Landes und seine Einrichtungen zu erschüttern suchten. Die Nationalversammlung hat am Tage des 18. Febr. klar ihre Verlangen zu erkennen gegeben, eine Verhüting der Gemüter herzustellen und dauernd zu erhalten. In meiner leidenschaftlichen Hingabe an die Grundsätze der französischen Republik und der Herrschaft der Freiheit wird es meine ständige Sorge sein, das Parlament bei jenem notwendigen Werke der Duldsamkeit und der Eintracht zu unterstützen. Im Laufe der vorliegenden Schwierigkeiten, die wir durchgemacht haben, ist Frankreich durch die Kaltblütigkeit, die Würde und den Patriotismus des Parlaments in der Achtung der Welt gewachsen. Weshalb soll man nicht hoffen, daß dasselbe Einvernehmen auch bezüglich unserer inneren Angelegenheiten hergestellt werden könnte? Und besteht nicht dieses Einvernehmen schon im Lande? Herrscher der geringste Zweifel über die Notwendigkeit, den wesentlichen Organen der Gesellschaft die gleiche Achtung entgegenzubringen, nämlich den Kammern, die über die Gesetze in voller Freiheit beraten, dem Richterstande, der die Gesetze anwendet, der Regierung, die sie ausführt, und dem nationalen Heere, das die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Vaterlandes schützt, dem Heere, das das Land liebt und mit Flecht liebt, weil die ganze Nation in ihm dieselben Pflichten, die Entfaltung und Disciplin, erfüllt und wohl weiß, daß sie in ihm die treue Hüterin ihrer Ehre und ihrer Gesetze finden wird? Wenn Frankreich sich auf sich selbst verlassen kann, so wird es in Ruhe an der Lösung der Probleme arbeiten können, die für das spirituelle und materielle Wohl der Bürger von Bedeutung sind, und seine friedlichen und fruchtrichtigen Arbeiten forscheten können, sowohl auf geistigem Gebiete, dem der Wissenschaften und der Künste, wie auf demjenigen der wirtschaftlichen Arbeit in allen ihren Formen, in Ackerbau, in Handel und Industrie. Lassen wir uns selbst doch nur Gerechtigkeit widerfahren, und vergessen wir nicht, daß unser Frankreich in gleicher Weise den Fortschritten der Gerechtigkeit und Humanität gehuldigt hat. Seine ruhmvolle Vergangenheit bildet das uns von unseren Vätern hinterlassene Besitztum, das wir zu erhalten und zu vergrößern haben. Die Republik hat Frankreich freie Institutionen gegeben: sie hat dem Lande die unzählbare Wohlthat eines ununterbrochenen Friedens gesichert, sie hat seine Wunden geheilt, sein Heer und seine Marine neu geschaffen, ein großes Kolonialreich gegründet, das Wissen in jeder Beziehung in die rechten Bahnen gebracht, wertvolle Alliancen und freundliche Beziehungen erworben, und sie hat eine herzliche Begeisterung in den Werken der Hilfsleistung, der Gegenentgegenseitung und der Fürsorge hervorgerufen, Werke, die bezwecken, unbediente Leiden zu heben oder zu vermindern. Vollenden wir weiter dieses Werk, das eine Ehre für unser Land ist! Ich werde glücklich sein, wenn ich, dank der von mir mit allen Kräften geförderten Einigkeit, innerhalb der Grenzen meiner verfassungsmäßigen Rechte, die ich mir nicht schämen lasse, zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Hoffnungen und zur Festigung der Republik beitragen kann."

Zum Senat wie in der Deputiertenkammer wurde die Botschaft mit lebhafter Beifall aufgenommen.

Der Senat bewilligte einstimmig debattlos den Kredit für die Leichenfeier Faures. Der Ministerrat hat bestimmt, daß die öffentlichen Bureaus, die Schulen und die Börsen am Donnerstag, am Tage des Beerdigungsdienstes Faures, geschlossen bleiben.

In der Liga La patrie française sind Streitereien vorgekommen. Der Akademiker Brunelot ist aus dem Ausschuß der Liga ausgetreten, weil er mit der Haltung der Schriftsteller Cope und Demainre anlässlich der Präsidentenwahl nicht einverstanden war. Andere hervorragende Mitglieder sind gleichfalls ausgetreten und es wird erwartet, daß sich die Liga auflöst.

Der Sultan von Moskat widerrief, wie aus Bombay gemeldet wird, die Abreise einer Kohlenstation zu Frankreich infolge der Drohung des englischen Admirals mit Beschiebung. Die englischen Kriegsschiffe Eclipse, Sphinx und Redbreast liegen im Hafen. Der Sultan ließ die Proklamation, in der er den Wideruf sowie den Grund dafür mitteilt, öffentlich anschlagen und gab eine gleichlautende Erklärung auch im öffentlichen Durbar ab. Der französische Konsul erhob Protest. In Moskat herrscht völlige Ruhe. Von den Eingeborenen wurde die Proklamation befällig aufgenommen.

Italien.**Aus der Deputiertenkammer.**

Rom, 21. Februar. Zu der Deputiertenkammer wird die Beratung der politischen Gesetzentwürfe ohne Zwischenfall wieder aufgenommen. Sonnino erklärt das Principe anzunehmen, das die Regierung durch die Vorlegung von Maßregeln befolge, die für die Verteidigung des Staates notwendig und erforderlich seien, um aus der anormalen Lage herauszukommen, in der sich Italien seit dem Mai v. J. befindet. Er werde für den Nebengang zur zweiten Lesung stimmen unter dem Vorbehalt einziger Abänderungen zur Erreichung derselben Ziele, wie sie die Regierung und die große Mehrheit der Kammer anstrebe. Sonnino bringt erhebliche Bedenken hinsichtlich der Finanzpolitik der Regierung vor und ersucht die Regierung, offen zu sagen, welchen Weg sie befolgen wolle, nicht nur heute, sondern auch morgen hin. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf morgen vertagt.

Spanien.**Vörm im Senat.**

Madrid, 21. Februar. Im Senat legte Graf Almenas den General Vinares, der die Unterzeichnung der Kapitulation von Santiago angeboten habe, den Vertrags an. Montero Rios erhebt dagegen Einspruch. Graf Almenas führt darauf in seinen Angriffen auf Cervera und Duou fort und wird von wiederholtem Vorm unterbrochen. Der Herzog von Tetuan erklärt die Armee sei nicht überwunden, sondern dem Gegner ausgeliefert worden, man müsse die Schuldigen suchen. Graf Almenas ruft: "Die Schuldigen sind die Führer!" (Vorm.) Marschall Martínez Campos verteidigt Vinares und erklärt: er glaube nicht, daß Almenas es wagen würde, seine Beschuldigungen außerhalb des Senats zu wiederholen. (Neuer Vorm.) Almenas will sprechen, wird aber vom Präsidenten davon gehindert. (Wegung und unbeschreiblicher Vorm.) Der Ministerpräsident Sagasta erhebt sich, bedauert die Haltung Almenas' und verteidigt die Regierung. (Widerspruch auf einiges Wörter.) Der Präsident erklärt die Debatte für geschlossen und die Sitzung für aufgehoben.

Die Kammer wird morgen den Auftrag der Republik auf Einberufung einer Konstituante beraten. Die Minderheit des Senats beschloß, gegen die Annahme des Friedensvertrages Opposition zu machen.

Die Königin-Regentin wird morgen ein Dekret unterschreiben, durch das die von den Spaniern gefangen genommenen Filipinos freigeslassen werden.

Großbritannien.**Annahme der Adresse. — Das Haushaltsgesetz. — Debatte über die Bischöfe.**

London, 22. Februar. Das Unterhaus nahm gestern die Adresse an die Königin ohne Abstimmung an.

Aus den soeben veröffentlichten Voranschlägen des Haushaltsgesetzes für 1899/1900 ergibt sich eine sofortige Erhöhung der Ausgaben um 1091700 Pfund Sterl. und eine Vermehrung der Mannschaften um 7493. Indien nicht eingerechnet. Die im letzten Jahre gemachten Erfahrungen, heißt es im Motivbericht, lassen eine schnelle Verwirklichung der geplanten Verbesserung des Heeres anzeigen. Alle Batterien der berittenen Feldbatterie sollen eiligst in schnellfeuernde Geschütze umgewandelt, fünf neue Batterien Feldartillerie noch in diesem Jahre, zehn andere bis zum Jahre 1901 fertiggestellt werden. Ein großer Maßstab soll auch die Neuarmierung der Verbündigungsverbände im Mutterlande und in den Kolonien im Einverständnis mit den Marinebehörden in Angriff genommen werden.

Herbert Lewis beantragt im Unterhaus einen Beschlusshandtag, in dem erklärt wird, die gesetzgeberischen Befugnisse der Bischöfe seien eine große Behinderung für ihre geistliche Tätigkeit und dem Gemeinwohl schädlich und sollten durch eine Gesetzesvorlage beseitigt werden. Hugh Cecil beantragt einen Unterantrag zu Gunsten der Aufrechterhaltung der Befugnisse der Bischöfe, diese sollten aber durch Kreierung anderer lebenslänglicher Paars, insbesondere solcher, die andere große Konfessionen vertreten, verstärkt werden. Richard Webster bekämpft den Antrag und den Unterantrag; letzterer werde für die vorliegende Debatte zu weitgehende Fragen auf. Hieraus wird der besondere Unterantrag ohne Abstimmung, der Antrag Lewis mit 200 gegen 129 Stimmen verworfen.

Ostasien.**Eine Krise.**

Peking, 21. Februar. Die Schwierigkeiten, die sich anlässlich der Entlassung des Direktors der nördlichen Eisenbahn, Hu, über die Frage des Direktors der Eisenbahn ergeben, haben jetzt fast den Charakter einer Krise angenommen. Der britische Gesandte Mac Donald, dessen Depeche an das Tsingli-Yamen, in der er erklärte, daß eine Änderung im Direktorium nur mit Zustimmung der Hongkong and Shanghai Banking Corporation erfolgen könne, bisher noch ohne Antwort geblieben ist, wird umgehend ein weiteres Telegramm an das Tsingli-Yamen richten, in dem er auf einer unparteiischen Untersuchung der gegen Hu erhobenen Beschuldigungen besteht.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Hierzu zwei Beilagen.

Schusters Warenhaus

39—43 Eisenbahnstrasse 39—43.

 **Wegen Umzugs** 

in den Neubau Eisenbahnstrasse 39 und Neu-Einrichtung der gesamten Verkaufs-Räume Eisenbahnstrasse 39—43 bleibt mein Geschäft von

Montag den 27. d. M. bis inkl. Freitag den 3. März
für den Verkauf geschlossen.

Einzig in seiner Art!

Ich liefere, solange der Vorrat reicht

auf Abzahlung

	bei Markt	Abzahlg.	Mark
1 Bettstelle mit Matratze	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—
1 Kleiderschrank	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—
1 Küchenschrank	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—
1 Sofa	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—
1 Divan	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—
1 Kommode	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—
1 Waschtisch	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—
1 Kinderwagen	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—
1 Anzug, Pa.-Qualität	Anzahlg.	10.—	wöchentl. 1.50
Stoff zu einem Kleide	Anzahlg.	5.—	wöchentl. 1.—

Braut-Ausstattungen und ganze Einrichtungen
in großer Auswahl zu conlantesten Zahlungsbedingungen.

S. Osswald

Waaren-Kredit-Geschäft
nur Königsplatz 7, 1. Etage
gegenüber der Markthalle.

Auch dieses Jahr

bin ich durch

größere Bestellungen

in der Lage, daß

beste und preiswerteste

zu bieten.

Kinderwagen mit Decke	14.50 Mk.
Kinder-Sportwagen, grün	6.00
Leiterwagen für Kinder	3.00
Leiterwagen zum Transport	7.00



G. Boesecke, Lindenau, Querstrasse 4, nahe der Post.

Empfingen soeben eine Ladung

frische Seefische

und empfehlen solche zum billigsten Preise.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Katharinenstrasse 13/17.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Pöllendorf in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Nähmaschinen

aller Systeme
unter 5jähriger schriftlicher Garantie.
Alleinverkäufer der Viktoria-Nähmaschine. Gebrauchte Singer von
Mt. 15.— an. Reparaturen gut und
billig. Erlernen der modernen
Ausführungen gratis. [6588
Peterstraße 34, Hof, „Drei Könige“].

Hermann Schubé
Spezialgeschäft für Nähmaschinen.

Uhren
f. Konfirmanden
für Jungen v. 5.— an
für Mädel. v. 10.—
Gratis dazu 1 Kette und Armband.

M. Kemski
6 Nürnberger Strasse 6.
Trotz der billigen Preise allen
Lesern der Leipziger Volkszeitung
noch 10% Rabatt. 1888



Special-Reparatur-Werkstatt

für
Nähmaschinen u. Fahrräder
prob. u. billig Dörr, Volkmarsd.
Eisenbahnstr. 95. Langj. Werkführer
größter Fahrradfabrik hier u. ausw.
V. 1./4. Werkst. Eisenbahnstr. 88, 5.

Bettfedern
und Daunen
in streng reiner Ware
zu billigen Preisen

Dampfbettfederreinigung
Neue Konstruktion.
Zelther Str. 15. M. Döberenz.



Reste

Bucksbaum, Cheviot, Hammargarn,
Samt, Möbel-Größe u. Rattan,
Barchent, Schürzenstoffe,
Futterstoffe u. s. w.
zu bekannt billigen Preisen

Max Nüchtern, Hainstrasse 6.

Leiterwagen

in soliden Schmiede-
u. Stellmacherarbeiten.

Georg Popp
Panorama
u. Stoßblatt.

Vornehmer Gewerb für jedermann
Strickmaschinen

für Familien u. Groß-Industrie. Voll-
kommenste Neuheit! Größte Leistungsfähig-
keit! Grillabt. Unterricht! 10-Jahr Garantie!
Hugo Günther, Oberleindorffstr. 19.

Billards, neue u. gebrauchte, Tische u. Leders.

A. Immisch, Humboldtstr. 7.

1. Beilage zu Nr. 44 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, den 22. Februar 1899.

Vom Reichstage.

Die Budgetkommission sah am Dienstag die Beratung der Militärvorlage fort und verhandelte zunächst über die Verstärkung der Kavallerie. Abg. Graf Roon hat Bedenken hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der drei Regimenter zu vier Eskadrons. Er behält sich einen Antrag vor, daß statt deren zwei Regimenter Jäger zu Pferde zu fünf Eskadrons gebildet werden. Kriegsminister v. Gohler erwidert, daß er nach den bestehenden gesetzlichen Grundlagen keine anderen Vorschläge machen könne. Auf Anfrage des Abg. Prinz Arenberg über die Verwendung der bewillten Jäger erklärt der Minister, daß sie als Ordinarien für die Infanterie dienen und auch wesentlich den Aufklärungsdienst versehen. Die Jägerabacs hätten sich ausgezeichnet bewährt. Das Vorgeschlagene sei ein Fortschritt gegenüber dem Bestehenden. Abg. Richter: Der Kriegsminister lege sich nicht dauernd fest, was nach fünf Jahren werden solle, sage er nicht. Es werde jetzt in der Stunde mehr experimentiert als früher. Der Reichstag müsse deshalb vorzüglicher sein als früher. Der Wert der Kavallerie habe sich fortgesetzt vermindert, alle Großstaaten hätten im Verhältnis zur Infanterie ihre Kavallerie herabgestuft bzw. nicht in demselben Maße vermehrt. Minister v. Gohler weist dem gegenüber darauf hin, daß man ohne Experimente keine Erfahrungen sammeln könne. Auch heute noch habe eine gut geführte Kavallerie hohen Wert und könne entscheidend wirken. Dann sei noch zu berücksichtigen der Wert, welchen die Kavallerie für die Verfolgung geschlagener Infanteriemassen habe. Abg. v. Tiedemann (Fleisch.) stimmt für die geforderte Vermehrung. Abg. Gröber (Centr.) ist dagegen. Er spricht allerdings nur für seine Person, ohne die Stellungnahme der Fraktion irgendwie zu präjudizieren. Es handele sich wieder um einen Anfang, von dem man nicht wisse, wohin er führe. Er fürchtet für später weitere Forderungen, ähnlich wie es früher mit den Halbbataillonen gegangen sei. Eine absolute Notwendigkeit der Vermehrung sei nicht nachgewiesen. Minister von Gohler: Die Vermehrung der Kavallerie sei die Folge des Anwachens der Infanterie in den Kriegsformationen. Die Militärverwaltung beziehe, mit der Vermehrung der Kavallerie Maß zu halten, denn die Kavallerie sei eine teure Waffe. Major Wanckel begründet die Kavallerieforderung nochmals an der Hand militärisch-technischen Materials. Graf Roon stellt nun mehr den Antrag, statt 482 Eskadrons, wie die Vorlage will, 485 Eskadrons zu bewilligen. Es folgt die Abstimmung: zunächst wird der Antrag Roon auf Bewilligung von 485 Eskadrons abgelehnt mit allen gegen 4 Stimmen; sodann wird die Regierungsvorlage (482 Eskadrons) ebenfalls abgelehnt mit 16 gegen 11 Stimmen; hierauf wird ein Antrag Roon auf Bewilligung von 480 Eskadrons abgelehnt mit 15 gegen 12 Stimmen. Es bleibt insgesamt, einem Antrag Gröber entsprechend, bei dem bisherigen Antrag von 472 Eskadrons. Die Kavallerieforderungen der Kavallerie sind demnach sämtlich abgelehnt. Abg. Gröber (Centr.) beantragt nun folgende Resolution: "Die verbündeten Regierungen zu ersuchen um Mitteilung darüber, 1. in welchem Umfang gegenwärtig Mannesmäthen des aktiven Heeres zum Wachdienst für Zwecke der Militärbehörden, zum Ordinanz- und Bürgedienst, sowie zu anderen, den Frontdienst und die militärische Ausbildung beschäftigenden militärischen Aufgaben verwendet werden; 2. inwieweit und unter welchen Voraussetzungen diese Verwendung eingeschränkt werden könnte, insbesondere welche Ausgaben für die Beschaffung der etwa erforderlichen Erzeugmittel ausgebracht werden müssen." Minister v. Gohler erklärt, es sei schwer, die gewünschten Mitteilungen so bald zu machen, außerdem sei die gewünschte Aenderung nicht billig. Er fürchtet, daß die Durchführung der Anwendung von Kloßrästen an Stelle der Abkommandierungen fortlaufende Ausgaben in Höhe von Millionen erfordern. Die Kosten der Militärsachen allein würde etwa 1½ Millionen kosten. Er rate, von der Resolution abzusehen, sie führe zu weit. Abg. Gröber verzweigt auf die bedeutenden Nach Kosten der Vorlage. Man würde es im Lande nicht begreifen können, wenn die Frage der Abkommandierungen nicht geklärt würde. Minister v. Gohler erwidert, das Gesetz solle am 1. April in Kraft treten. Eine genaue Beantwortung der Resolution würde das Gesetz über diesen Zeitpunkt hinaus verzögern. Die weitere Beratung wird auf Mittwoch vertagt.

Die Kommission für die Baufreizeitwelle lehnte am Dienstag den Antrag Arendt ab, der 30 Millionen Mark in 10000 Anteile teilen will, nahm dagegen den Antrag Müller-Jusda an, der 40000 Anteile zu 3000 Mk. und 30000 Anteile zu 1000 Mk. vorstellt und eine öffentliche Zeichnung wünscht.

Die Petitionskommission hat beantragt, die Petition des Bundes deutscher Frauenvereine um Approbation weiblicher Arzte in Deutschland der Regierung als Material zur Änderung der Gesetzgebung zu überweisen. Ferner wird beantragt, eine Petition des Berliner Arbeitervereins, betr. Verbot der erwerbstümlichen Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren, zur Erwagung zu überweisen.

Friedrich Spielhagen,

der Dichter des bürgerlichen Liberalismus.

Friedrich Spielhagen, dessen siebzigsten Geburtstag die deutschen Romanleser und -leserinnen in wenigen Tagen feiern werden, ist am 24. Februar 1829 in Magdeburg geboren. Seine Jugend hat er in Straßburg verlebt, wohin sein Vater 1835 als Regierungs- und Schulerat versetzt wurde. Er studierte in Berlin, Bonn und Greifswald, war eine Zeitlang Hofmeister, ging dann 1859 zur journalistischen Karriere über und wirkte in Hannover als Zeitungsschreiber an der damaligen, später mit dem Hannoverschen Kurier verschmolzenen, Zeitung für Norddeutschland. Nach dem Erfolge seines ersten großen Romans, Problematisches Naturen, siedelte er 1862 nach Berlin über, wo er seitdem seinen dauernden Aufenthalt hatte.

Spielhagen gehört mit seinem Denken und Dichten einer älteren Generation an und es fällt uns heute nicht immer leicht, ihn zu verstehen und zu genießen. Seine Weltanschauung wurzelt mit allen Fasern in jenem einseitigen, altpreußischen Liberalismus, dessen Ton das moralisierende kleinbürgerliche Philistertum angab, und der während der preußischen Konfliktszeit, durch die seufzende Niedertracht eines frechen und brutalen Jägerregiments aus seiner theoretischen Geschäftlichkeit aufgerüttelt, seine politische Rolle spielte. Während bereits die ersten Sturm vögel das Rahmen der großen proletarischen Weltbewegung verklauteten, kämpfte der bürgerliche Don Quichotte de la Manchastra im preußischen Abgeordnetenhaus den tragischen Windmühlenkampf. Dieser Liberalismus, aus dessen Geiste Spielhagens Lebensanschauung hervorgegangen ist, war ein impotentes Zwitterding, in dem demokratische, plutokratische und patriarchalische Anschauungen unvermittelt aufeinander stießen. Er war im Stande, die geistige Basis für ein bürgerlich-politisches Parteidoktrin zu legen, aber um das Denken und Fühlen eines jungen Mannes einzufüllen und beherrschend zu können, dazu fehlte seinem einseitigen und pedantischen Dogmatismus die lebendige Entwicklungsfähigkeit. So kam es, daß die geistig am höchsten stehenden unter seinen Jüngern problematische Naturen blieben, deren Wesen an einem inneren Zwiespalt krankte, weil die persönlichen Urteile, Neigungen und Leidenschaften oft in einem unlösbar Widerspruch zu ihren politischen und sozialen

Prinzipien traten. An Geschlossenheit der Weltanschauung waren diesen hochgebildeten liberalen Bürgertum die bornierten und cynischen Vertreter der Junkschaft weit überlegen. Diese wußten nichts von den doctrinären Zweifeln und Stupfern, die die frische Thalkraft auf Schrift und Tricht lächeln: die unwürdigen egoistischen Instinkte, die sie mit der Muttermisch eingegangen hatten, bildeten zugleich die Grundlagen ihres politischen Parteidoktrin und ihrer littischen Weltanschauung. Und wie sehr sich auch die liberale Überzeugung und das wohl erworbene bürgerliche Selbstbewußtsein gegen die rohen Herrennaturen empörte: im stillen Herzen impozierten die konsequenteren Rüpel der Aristokratie dem Bürgermann ganz gewollt. Der aus den liberalen Theorien gewonnene demokratische Mannesstolz scheiterte fast immer, wo er sich in der Wirklichkeit beßtigten sollte, an dem angeborenen, tiefeingewurzelten kleinbürgerlichen Subalterngeist. Von diesem Geist hat auch Spielhagen sich nicht zu befreien vermocht. Entspringt der grimmige Haß gegen die Geburtsaristokratie, der namenlos in Spielhagens frühesten Romanen zu Tage tritt, nicht doch schlichtlich einer unendlichen Überschätzung ihres Wesens und ihrer Wichtigkeit? Gleich die naiv überreibende Manier, in der er die Adeligen entweder als Schurken oder als Dummköpfe zeichnet, etwa dem stolzen Selbstgefühl des wahrhaft freien Mannes? Die freiwilligen Romanhelden Spielhagens läunen dem Zauber des blauen Blutes nicht widerstehen. Der starke Geist opponiert, aber das schwache Fleisch neigt sich in schauernder Ehrfurcht. Die Verführung mit Adligen bringt oft eine völlige Revolution in den bürgerlichen Mannesherzen hervor. Leo Gutmann, der Held des Romanes In Fleiß und Glück, scheitert an seiner Liebe zu einer Generalstochter. Der journalistische Freiheitskämpfer und Junghasser in den Hohenstein verliert sein Herz an eine Adlige, und alsbald geht seine ganze bürgerliche Weltanschauung aus dem Leim.

Wie die Grundideen des bürgerlichen Liberalismus, die zuerst in reiner, scharfer und radikaler Form auftreten, allmählich unter den Mackenschlägen der realen geschichtlichen Entwicklung immer zähmer, flacher und inhaltsärmer werden und schließlich in das leichte Phrasenbächlein eines senilen, unschuldbaren Wissensmäths auslaufen, lädt sich bei einer Betrachtung der Spielhagenschen Hauptwerke in chronologischer Reihenfolge mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erkennen.

Wer die Solidarität aller menschlichen Interessen, nach Spielhagen das „oberste Prinzip aller politischen und moralischen Weisheit“, begriffen hat, der weiß auch, daß die individuelle Existenz des einzelnen nur ein Tropfen in dem ungeheuren Strom ist, und daß diese „Tropenexistenz“ weder das Recht, noch die Möglichkeit der absoluten Selbständigkeit hat. „Menschensehne“ sind wir alle, „Kinder dieser Erde“, und es ist unser Recht und unsere Pflicht, uns hier, auf diesem unserem Erbe, auszuleben nach allen Kräften, aber mit und neben den anderen Menschenköpfen, die unsere Brüder sind und mit uns gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Das ist der positive Grundgedanke von Spielhagens erstem grossem Roman, den 1860 bis 1861 erschienenen Problematischen Naturen. Nun ist es aber begreiflich, daß es einer groß angelegten Natur schwer wird, von dem Irrtum zurückzukommen, daß sie selbst schon ein ganzes sei, und daß sie es nicht nötig habe, sich dem allgemeinen Gesetz zu bergen. Und doch ist dies ein Irrtum. Die Welt des Herdentums ist vorüber; das Heldengeschrei heißt jetzt nicht mehr: Ein für alle, sondern: Alle für alle. Der einzelne ist nichts weiter als ein Soldat in Fleiß und Glück. Als einzelner bedeutet er nichts, als Glied des ganzen ist er unverzichtlich. Den einzelnen strect eine Kugel in den Staub, aber über ihm schleift sich die Reihe, und die Kolonne ist wie sie war. Wer es wagt, sich gegen diese Ordnung der Dinge aufzulehnen, der wird zerschmettert. So belehrt uns der 1866 erschienene Roman In Fleiß und Glück.

Aber ebensoviel wie dem einzelnen das Recht zuloomt, zu herrschen, ebensoviel hat er die Pflicht, sich knecht zu lassen. Die Wut, zu beschließen, die „klavische Oier“, sich beschließen zu lassen, verschlechtern die Welt. Denn wie der Herr den Sklaven korrumpt, so korrumpt der Sklave den Herrn, und die Erfahrung lehrt, daß „in politischen Dingen der Vormund zugleich mit dem Bevormundeten verdummt“. In unserem Herrschertum, in unseren Adelsinstitutionen, in unseren Heereseinrichtungen, in unseren Arbeiterzuständen: überall zeigt sich das barbarische Verhältnis zwischen Herrn und Sklaven, zwischen den dominierenden und den unterdrückten Kaste; überall die bange Wahl, ob wir Hammer sein wollen oder Amboss. Aber nicht Hammer oder Amboss muß die Lösung heißen, sondern Hammer und Amboss, denn „jedwedes Ding und jeder Mensch ist in jedem Augenblick beides zu gleicher Zeit!“ Das ist die Weisheit, die der Dichter in dem Roman Hammer und Amboss (1869) predigt.

Das mancherlei Laisser faire et laisser passer, das schon in Spielhagens ersten Romanen nicht nur als politisches und wirtschaftliches, sondern auch als moralisches und pädagogisches Prinzip immer wieder hervortritt, treibt dann, durchaus konsequent, die Weltanschauung des Dichters in den Hafen eines hausbackenen Philistertums und eines salbadenden Laienismus. Vor der philistischen Gestalt Bismarks, die schon in der Sturmflut (1875) in den Hintergründen spulte und in Was will das werden? (1887) direkt als Schöpfer des neuen Geistes fungiert, flüchtet sich der in all seinen Idealen getäuschte Bourgeois-Liberalismus in die rosenrote Vergangenheit. Der neue Pharao (1889) stellt der materiellen, streverhaften und gesinnungsflohen Gegenwart den Idealismus und die Selbstlosigkeit der Generation von 1848 gegenüber. Die elkelasten Früchte des auf Einzel- und Massentorrumpfung basierenden Regimes Bismark sind klar erkannt und werden scharf und treffend gezeichnet, aber das Ideal, das der Dichter den ihm troilos düsternen Zuständen entgegenstellt, bedeutet die absolute Bankrotterklärung seiner Weltanschauung. Die Vollmenschen, in denen noch ein Funken Selbstbewußtsein, Thalkraft und Leidenschaft lebt, müssen zu Grunde gehen, und was übrig bleibt, um das idealistische Glücksstückchen des absterbenden Liberalismus zu hüten, das sind entweder Bananen oder waschläppige Schönredner. Sie werden von dem Herrn der Finanzen an die Wand gedrückt, daß sie quetschen – und in diesem Martyrium besteht ihre menschliche Größe. Das ist das Endschicksal der bürgerlichen Helden vom „passiven Widerstand“! Hier und da hat Spielhagen auch den Versuch gemacht, sich des Sozialismus dichterisch zu bemächtigen, doch blieb er regelmäßig nach guter alter Poetenweise an gewissen romanischen Anhängseln hängen, und das innere Wesen der Bewegung ist ihm stets ein Buch mit siebenmal sieben Siegeln geblieben.

Was Spielhagen in dem letzten Gehntel unseres Jahrhunderts dichterisch geschaffen hat, ist zum größten Teil von Haß und

Widerwillen gegen die noblemen Strömungen in Literatur und Ethik diktiert worden. Das Sonntagskind (1893), Die Stumme des Himmels (1894) und Susi (1895) sind im Grunde gegen die Holzäste, Selbstgerecht (1896) und Faustulus (1897) gegen die Menschenker geschriften. Spielhagen stieß hier leider in dasselbe Horn, dem bereits Paul Heyse und Adolf Wilbrandt arg kompromittierende Mühäne entfloß.

Als eine neue Dichter- und Künstlergeneration in Deutschland auftrat, war Spielhagen einer der ersten, den die wegbaubare Kritik zum alten Eisen warf. Weniger die liberalen Tendenzen als die ästhetischen Prinzipien waren es, die diesen Alten den Jungen und die Jungen diesem Alten ungenießbar machen. Die Kunst Spielhagens war in erster Linie Fabulierkunst. Eine vielfältig verschlungene, an romanischen Schicksalen, Abenteuern, Märchen, Geheimnissen und Ueberzügen reiche, „spannende“ Handlung war das A und O seiner Erzählungen. Die Charakterzeichnung war oberflächlich und schematisch und blieb, bei dem Mangel an realistischen Detailstudien, durchaus im Typischen stecken. Die Behandlung der Zeitsagen, einen so breiten Raum sie gewöhnlich auch einzunahm, bildete – das erkannte man leicht – doch mehr den äusseren verzierenden Schnörkel, als die wesentliche Struktur des Romangeschäfts.

Das Ziel, das die literarischen Revolutionäre erstreiten, war dem der Spielhagenschen Kunst gerade entgegengesetzt. Den Jungen war die Literatur kein Spiel, sondern ein Kampfplatz. Die wissenschaftliche Vertiefung der Psychologie, die Mitleidschilderung, die Ausbreitung des Stoffgebietes über alle Erscheinungen des Lebens und vor allem die ersten ernsthafte Versuche, diese äusseren Erscheinungen in ihren tieferen sozialen Zusammenhängen aufzudecken, zu verstehen und zu erklären – das waren allerdings Neuerungen und Errungenschaften, die über den Horizont der alten Schule hinausragten.

Spielhagen hat in seiner Selbstbiographie Binder und Erfinder den ehrlidien Beruf gewählt, den Jungen auf seine Weise gerecht zu werden. „Ich erkläre“, sagt er, „daß ich die Streben unserer jungen und jüngsten Literatur mit größter Teilnahme verfolge. Ich erblicke in ihrem entschlossenen Vorzeichen die völlig berechtigte Sorge, von der machtvoll forschenden Wissenschaft, von dem sich so gewaltig ausschaffenden Leben überhol zu sehen. Einer Literatur verbieten wollen, den Anforderungen ihrer Zeit zu entsprechen; sich jedes Stoffgebietes zu bemächtigen, das ihr die Zeit erschließt; nach neuen Formen zu suchen, in welchen dieser neue Stoff auszuprägen sei, heißt einfach ihren Tod wollen, oder sie zu einem kläglichen, nichtwürdigen Begeister verdammen, das schlimmer ist als der Tod. Also weg mit dem Skopfshütteln, den Totengräbermännern, den moralisch-ästhetischen Ach und Och!“

So mag denn auch die junge Generation mit dem Alter ihres Friedens schließen.

Berlin. Dr. John Schilowski.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten

Die Entlarvung des amtlichen Dresdener Journal. Das amtliche Organ schweigt zu allen Vergehen, die es für seine Artikel zum Urteil im Löbtauer Prozeß bekommen hat. Die Dresdener Neuesten Nachrichten erklären nun:

Die vom Dresdener Journal am Montag gebrachte offizielle Auslassung über das Schwurgerichtsurteil im Prozeß gegen den neuen Bauarbeiter in Löbau ist, wie wir in der Vage, sind mitzuteilen, weder im Justizministerium, noch von einem Justizbeamten verfaßt worden. Der betreffende Artikel ist jedoch auch im nichtamtlichen Teile erschienen.

Dennach ist also der Artikel im Dresdener Journal, der eine Darlegung der Vorgänge in Löbau sein sollte – die jedoch nichts weiter war als eine Anklageschrift – lediglich eine Wache der Medaktion des genannten Blattes, mit dem dreifachigen Zweck, die öffentliche Meinung zu täuschen. Die gesamte Amtsblattspresse wies ja auch beim Abdruck jenes Artikels darauf hin, daß die Darstellung im amtlichen Dresdener Journal gestanden habe, unterschlag aber gleichzeitig den Vierern, daß der Artikel in nichtamtlichen Teile des Blattes enthalten war. Durch diese Fälschungen und Unterschlagungen kam bei den Amtsblattleuten die Ansicht auf, daß der Artikel eine amtliche Darstellung sei. So wird das Volk irregeführt! Um die öffentliche Meinung zu täuschen, hat man die Angaben und Behauptungen der Anklageschrift in einer Art und Weise veröffentlicht, als ob sie das Ergebnis des in den dreitägigen Verhandlungen festgestellten Thalbestandes seien.

r. Herr Klemm jun. Nach der Verkündung des Urteils im Löbtauer Krawallprozeß konnte man in der bürgerlichen Presse Schilderungen über den Gang des Krawalls lesen, bei denen die Ausschreitungen der Arbeiter als um so roher bezeichnet wurden, als der durchgeprüfte Bauunternehmer Klemm ein sehr „humaner Arbeitgeber“, überhaupt ein sehr humarer Mensch genannt wurde. Was aber Klemm jun. in Wirklichkeit für eine edle Seele war, das sollen einige Angaben aus dessen Vorleben klar machen.

Klemm wird überall dort, wo man ihn näher kennt, als ein sehr roher und egenrätscher Mensch bezeichnet. Die gemein-gesährliche Schieberei scheint er geradezu gewohnheitsmäßig getrieben zu haben. Bei den geringsten Differenzen mit anderen Leuten hat er den Revolver zur Hand. So drohte er in einem Falle einem Schlosser vom Balkon herunter, weil dieser mit Klemms Bruder wegen einem eisernen Geländer in Differenzen geraten war, mit dem Revolver; ebenso ein anderes Mal einem Biegelsträger. In einem dritten Falle wurde ihm der Revolver, nachdem er damit aus seinem Hause geschossen hatte, von einem Gendarm weggenommen. Klemm hat hier die Ausrede gebraucht, der Revolver sei beim „Buchen“ losgegangen. Dieser Fall ist auch in der Verhandlung erörtert worden und das Gericht hat dem Klemm diese Ausrede voll geglaubt. d. h. sie als wahr angenommen. Auch mit Zimmermann – jungen Menschen – hat er auf dem Bauplatz gehaftet; ebenso einen Brunnenbauer, der Geld haben wollte. In einem Restaurant verließ Klemm einem anderen, mit dem er in Differenzen geraten war, ein paar so drecke Ohren, daß der Mann vom Stuhle fiel. Bei dieser Gelegenheit äußerte er auch: „Mit der Räuberbande will ich schon noch einmal anfragen.“ Einmal wollten bei ihm mit Ausschreitungen beschäftigte Arbeiter einen besseren Schubkarren haben. Darauf äußerte Klemm an den Arbeitern, sie sollten machen, daß sie

fortkommen, wenn es ihnen nicht passte. Als sie gehen wollten und ihr Geld verlangten, meinte er, Geld habe er keines. „Macht, daß Ihr fortkommt, sonst stürze ich Euch die Treppe hinunter,” äußerte Klemm weiter. In diesem Falle hat Klemm auch eine Tracht Prügel bekommen, was übrigens mehrmals vorgekommen ist. Er bedrohte später jene Arbeiter mit einer Faule und einem Stück Eisen.

In Leuben, wo er früher wohnte, ist Klemm ganz unmöglich geworden, wegen seiner Roheiten sowohl, wie wegen seiner leidenschaftlichen Bauweise. Gerade deswegen hat der dortige Gemeindevorstand erklärt, daß Klemm keine Genehmigung zum Bauen mehr bekomme. Bei vielen Kleinhandwerkern ist Klemm geradezu berüchtigt und gehasst. Er ist erfolglos ausgespänt, hat manifestiert und viele seiner Differenzen hineingelegt. Ein armer Tischlermeister in Leuben kam nicht einmal 50 Mark, die Klemm ihm schuldet, bekommen. Ein kleiner Tischlermeister in Cotta hat an einem einzigen Bau 400 Mark, ein Klemmermeister 500 Mark eingebüßt. Ersterer ist durch seine übrige Geschäftsverbindung mit Klemm bankrott geworden und arbeitet jetzt als Gehilfe. Bezeichnend ist, daß Klemm den schon oben erwähnten Ostenbarungsbau, den übrigens auch sein Vater und Bruder geleistet hat, auf Betreiben der Unfallversicherungsgenossenschaft leisten mußte. Klemm ist während seiner ganzen bisherigen Bauunternehmerlichkeit vielfach demonstrativ anmaßend gegen die bei ihm beschäftigten Arbeiter aufgetreten. Im Jahre 1896 zwang er z. B. die Deute, nachdem die Bauarbeiter eben allgemein die 10stündige Arbeitszeit erklungen hatten, von früh 5 bis abends 8 Uhr zu arbeiten, ohne daß etwa Mangel an Arbeitern vorhanden gewesen wäre. Er wollte nur seinen Willen durchsetzen und so kam es, daß fortwährend die Arbeiter auf seinem Bau kamen und wieder gingen. Ein zur Zeit in Görlitz wohnender Ziegelsträger wurde wegen einer Differenz von Klemm, der ein großer, starker Mann ist, blutig geschlagen. Auf einem Leubener Bau bedrohte er Arbeiter, die ihr Geld haben wollten, mit dem Revolver, so daß sein Vater und seine Frau dazwischen treten mußten.

Ahnliche wie die hier angeführten charakteristischen Fälle könnten noch vielfach angeführt werden. Durch solche Handlungen hat sich Klemm in weiten Kreisen verhakt gemacht, vor allem bei denen, die er durch schlaue Manipulationen, die sich vielfach bis hant an die Grenze des Strafgesetzes bewegen, um ihr Geld gebracht hat. Zur Zeit wohnt Klemm in Wohlensleben, wo er ein paar Steinbrüche besitzt, die formell seinen Kindern gehören. Auf diese Weise können ihm die zahlreichen Gläubiger nicht auf den Hals. Diese haben nur die ausgelaugten Wechsel als wertloses Papier in den Händen.

Wichtig ist noch, zu bemerken, daß Klemm nach den Mißhandlungen in Löbau einige Tage später vom Balton seines Hauses in Leuben den Arbeitern Anweisungen gegeben hat. Fest steht gelegen hat er überhaupt nicht.

Diese Angaben dürften dazu beitragen, daß Märchen zu verstören, daß man es in Klemm mit einem ganz harmlosen, bedauerndwerten Mann zu thun habe.

Marienberg i. S., 21. Februar. Eine Versammlung von Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte aus dem 34. hessischen Landtagswahlkreis protestiert gegen die Kandidatur des nationalliberalen Bankiers Seyfert in Obernhau und erwidert in dem bisherigen Vertreter des Kreises, Orlsdorfer Uhlig in Grumbach, die geeignete Persönlichkeit. Die Nationalliberalen behaupteten bekanntlich, der Kandidatur des Bankiers Seyfert vollständig fernzustehen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Das am Sonntag beobachtete Meteor ist auch in Böhmen und in der Provinz Sachsen gesehen worden. Es soll in nächster Nähe der Stadt Weihenstephan eine glühende Stase, auf einem Sturzacker niedergegangen sein. — Die in Schlossstein und in Höhlen aufgetretenen Kinderkrankheiten, als Masern, Diphtheritis und Scharlach, haben dem Schulkreisamt Veranlassung gegeben, die Schulversammlung von Michaelis bis mit 14. Februar zusammenzustellen zu lassen. Danach wurden 9190 Tage verstreut. Von den 302 Schülern haben 600 nacheinander gefehlt, und zur Zeit sind noch 101 Kinder als entshuldigt dem Unterricht fern. Gestorben sind 9 Schüler beziehentlich Schülerinnen. Die Masern sind völlig besiegt, Diphtheritis kommt nur noch sehr vereinzelt vor, jedoch Scharlach scheint noch nicht in der Abnahme begriffen zu sein, denn es sind von neuem derartige Krankheitsfälle zu verzeichnen. — Der Bezirksverband Annaberg beschloß die Bewilligung von 6600 M. zum Bau einer vom Königlichen Finanzministerium in Aussicht genommenen Thalstraße von Königswalde nach Bärenstein und einer Summe von 1800 M. als Beihilfe zur Verlegung der Marienberg-Jöhstädter Straße am Tiefenbachberge. — Umwelt Kotteneide im Vogtlande wurde am Sonntag früh eine in Swola wohnhafte Frau, Namens Seemann, erstickt aufgefunden. Der Chemnitz der Unglücklichen war am Freitag in eine Irrenanstalt geschafft worden; das hat sich die Frau so zu Herzen genommen, daß sie zwei Tage lang im Walde umherirrte, ohne etwas zu sich zu nehmen und am Sonntag früh wurde sie tot aufgefunden.

Mühlberg (Elbe), 20. Februar. Infolge weiteren Unschärfe des Maul- und Klauenseuch ist für den gesamten Umfang des Kreises Torgau und für den größten Teil des Kreises Liebenwerda die Abhaltung von Märkten für Klauenvieh usw. und die Verladung von Rindvieh, Schweinen, Schafen und Ziegen auf den betreffenden Eisenbahnhäfen polizeilich verboten worden. Die hiesigen Viehhändler, die bisher einen schwunghaften Handel mit Schlachtwiech nach Dresden betrieben, werden durch das Verbot schwer betroffen.

Erfurt, 21. Februar. Genosse Albert Rudolph brachte am 3. Januar ex. in der Tribüne einen Volksartikel, der — in ironischer Weise abgefaßt — einen Rückblick gab über die Strafen und Anklagen, die die Tribüne im vergangenen Jahre zu erdulden gehabt. Der Schlussatz lautete: „Zur Erklärung der hiesigen beseidenwerten Preßverhältnisse sei darauf hingewiesen, daß Erfurt zur selben Provinz Sachsen gehört, deren Hauptstadt das in polizeilich und gerichtlicher Beziehung so sehr vernachlässigte Magdeburg ist.“ Hierdurch fühlte sich das Richterkollegium und die Polizeibehörde von Magdeburg beleidigt und stellten Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte heute zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt jedoch die beleidigende Absicht nicht für vorliegend und erkannte auf Freispruch.

Weimar, 21. Februar. Das hiesige Landgericht verurteilte in seiner letzten Sitzung den Bahnhofsvorarbeiter Reinhold Kloppfleisch aus Osterreba, der überführt wird, am 27. September v. J. in der Nähe der Haltestelle Niedertreba den Zusammenstoß eines Zuges mit einem Bahnmeisterwagen veranlaßt zu haben, zu sechs Wochen Gefängnis und dauernder Unfähigkeit, als Beamter im Eisenbahndienst beschäftigt zu werden.

Weihenstephan, 21. Februar. Bei Theissen brannte der Schacht zur Braunkohlenanerbaus-Anzeige, die zu Riesels Montan-

werken gehörte; alle Gebäude mit Ausnahme des Ofenhauses wurden vernichtet. Der Schaden ist bedeutend.

Soziale Rundschau.

In Worms halten die Dachdecker den Meistern eine allgemeine Lohn erhöhung bis zum Frühjahr nahegelegt. Anstatt mit den Gehilfen zu verständigen und ihre Preise danach zu machen, kündigten die Meister sämtlichen Arbeitern bis zum 18. d. M. Die ledigen Arbeiter sind abgereist. Sämtliche Dachdecker gesellen gehörten dem Verbande an.

Nürnberg, 21. Februar. In der Ederth'schen Reiszeugfabrik, sowie in der J. Weihelschen Fensterfabrik ist ein Streik ausgebrochen.

Die Maurer in Biere bei Schönebeck sind in eine Lohnbewegung eingetreten und verlangen einen Stundenlohn von 30 Pf., für auswärts 35 Pf. Die Auszahlung des Lohnes soll ferner auf dem Bauplatz erfolgen.

Die Bau- und Möbelstischler in Vielesfeld, Gaddernbaum und Schildecke haben wegen Differenzen mit den Arbeitgebern gekündigt.

Strassburg, 21. Februar. Der Aussstand der sämtlichen Arbeiter in der Schuhfabrik Leyh u. Weil in Strassburg ist noch nur vierlängiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beigelegt worden. Der Meister, dessen eigenmächtiges Vorgehen gegen seine Untergebenen zum Streik geführt hatte, wurde entlassen. Dagegen hat der Aussstand der Gießer in der Fabrik Schlumberger in Gebweiler mit einer Niederlage der Arbeiter geendigt.

Der Majestätsbeleidigungsprozeß Harden vor dem Reichsgerichte.

Das Landgericht I in Berlin hat am 4. November v. J. den Herausgeber der Zukunft, Maximilian Harden, wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen und Beleidigung des Oberstaatsanwalts Drescher zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt, in zwei weiteren Fällen von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen.

Die vom Angeklagten wie vom Staatsanwalt eingesetzte Revision wurde gestern vor dem zweiten Strafgericht verhandelt. Der Angeklagte war durch Justizrat Munkel vertreten.

Das Verfahren gegen den Angeklagten begann mit der Bezugnahme der Nr. 38 der Zukunft vom vorigen Jahre, die vom Angeklagten versuchten Artikel Pudelmajestät enthielt. Das Landgericht hat in diesem Artikel eine Majestätsbeleidigung nicht erkannt, aber die Beschlagnahme nicht wieder aufgehoben. Hierüber beschwerte sich der Angeklagte. Vom Staatsanwalt und Reichsanwalt wurde dagegen geltend gemacht, daß die Aufhebung der Beschlagnahme auch ohne Schädigung der Interessen des Angeklagten durch einen späteren Beschluss des Gerichtes erfolgen kann.

Die Revision des Staatsanwaltes beschränkte sich auf die Anfechtung der Freisprechung des Angeklagten von der Anklage der Majestätsbeleidigung, begangen durch Veröffentlichung des Artikels Pudelmajestät.

Zur Verurteilung haben geführt der in Nr. 39 vom vorigen Jahr enthaltene Artikel An den Kaiser und die ebenfalls von ihm verfaßte und in Nr. 46 veröffentlichte Dorfgeschichte Großvaters Uhr. In dem Artikel An den Kaiser wurde zugleich Beleidigung des Kaisers und des Oberstaatsanwalts Drescher erkannt.

Der Angeklagte rügte in seiner Revision noch prozeßual, daß der Antrag betreffend den Ausschluß der Öffentlichkeit während des Prozesses der Verhandlung unzulässigerweise in nicht-öffentlicher Sitzung gestellt worden sei. Hiergegen wurde von der Staatsanwaltschaft in der Gegenerklärung geltend gemacht, daß bereits in einem früheren Stadium der Verhandlung die erforderlichen Anträge gestellt worden seien, der Gerichtshof also nicht nötig gehabt habe, die Öffentlichkeit erst noch einmal wiederherzustellen. Ferner wurde vom Angeklagten in prozeßualer Hinsicht gerügt, daß der Zeuge Dr. Ratzenau unbeteidigt geblieben ist. Dieser hatte sich im Laufe der Verhandlung als Verfasser des intrikativen Artikels Der Wahrheit Nacho bekannt und war daraufhin als Zeuge vorgelesen worden. Das Gericht hatte beschlossen, ihn wegen des Verdachtes der Teilnahme unbedingt zu lassen. Die Revision des Angeklagten führte nun aus, das Gericht hätte, nachdem es sich schlußig gemacht hatte, in diesem Artikel eine strafbare Handlung nicht zu erkennen, den Zeugen nachträglich zu vereidigen, da er dann doch nicht mehr der Teilnahme an einer strafbaren Handlung des Angeklagten verdächtig gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft erklärte dagegen, daß der Verdacht der Teilnahme im Augenblick der Vernehmung des Zeugen vorlag und deshalb die Nichtvereidigung geboten erschien. Prozeßual rügte sodann der Staatsanwalt in seiner Revision, daß die Verleugnung der Teilnahme unbedingt zu lassen. Die Revision des Angeklagten führte nun aus, das Gericht hätte, nachdem es sich schlußig gemacht hatte, in diesem Artikel eine strafbare Handlung nicht zu erkennen, den Zeugen nachträglich zu vereidigen, da er dann doch nicht mehr der Teilnahme an einer strafbaren Handlung des Angeklagten verdächtig gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft erklärte dagegen, daß der Verdacht der Teilnahme im Augenblick der Vernehmung des Zeugen vorlag und deshalb die Nichtvereidigung geboten erschien. Prozeßual rügte

Große hätten dem Fürsten das Werk in einstündiger Audienz überreicht und einen Orden erhalten. Die betreffende Nummer der Zukunft sei am 15. Juli erschienen und am 16. Juli sei es bekannt geworden, daß der Kaiser den Verlagsbuchhändler Bong und Büxenstein den Kronenorden verliehen habe. Es sei wohl anzunehmen, daß der Angeklagte dies erfahren habe und es wäre dann seine Pflicht gewesen, als Herausgeber und Verleger schleunigst die Einschaltung der Anklage auszuordnen.

Justizrat Munkel erwiderte hierauf, es sei festgestellt, daß der Verband der Nummer bereits am Abend des 15. Juli erfolgt und daß der Angeklagte von der Ordensverleihung keine Kenntnis hatte. Herr Harden gehörte übrigens nicht zu denen, die sich die Mitteilungen über Ordensverleihungen zu ihrer Lustküste wählen. Den Artikel Großvaters Uhr habe er nicht für beleidigend.

Nachdem der Reichsanwalt erwidert hatte und beide Parteien noch auf Einzelheiten eingegangen waren, zog sich der Gerichtshof zurück. Das Urteil lautete dahin, daß sowohl die Revision des Angeklagten als die des Staatsanwalts als unbegründet verworfen werden seien.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Februar.

Achtung, Bäcker! In der Bäckerei von Gerasch, Schützenstraße, haben am Sonntag 14 Gesellen gekündigt, weil sie die vom hiesigen Gesellenausschuß gestellte Forderung, für Brötchen und Abendbrot 2 M. und 2 Stückchen Butter zu verabreichen, nicht bewilligt erhalten haben, obwohl die hiesige Brotzession die Forderungen befürwortet hatte.

Nun, Kollegen, zeigt Eure Solidarität und vermeldet den Zusprung!

Der Vorstand der Mitgliedschaft Leipzig des Verbands der Bäcker Deutschlands.

Achtung, Teilenschleifer! In der Goldschrankfabrik von Rätsler legten die Teilenschleifer wegen Wahrregelung eines Kollegen die Arbeit nieder. Der Vertreter der Firma erklärte gegenüber dem Kollegen Schiemann und dem Unterzeichneten, daß der Teilenschleifer „nur wegen Inkubation“ entlassen worden sei. Bei der darauffolgenden Gewerbegerichtsverhandlung, der Unterzeichneten als Bühner bezeichnet, erklärte ein anderer Vertreter der Firma, daß der Teilenschleifer durch seine „Auswahlkerei“ der Fabrik großen Schaden zugefügt habe, und mit wegen sozialistischer (soll wohl heißen gewerkschaftlicher) Umtreibe entlassen worden sei.

Otto Neide, Bevollmächtigter.

Unseren Konsumvereinstümern zur ges. Beachtung! Die Herren Wichmann und Genossen haben bekanntlich an Stat und Stadtverordnete das Verlangen gestellt, den städtischen Beamten und Lehrern den Beitritt zu den Konsumvereinen event. bei Strafe der Entlassung zu verbieten. Es ist deshalb interessant, was den Erfurter Geistesverwandten des Herrn Wichmann auf ein ähnliches Verlangen von dem dortigen Regierungspräsidenten Herren v. Dewitz geantwortet worden ist. Es äußerte zu einer ihm interpellierenden Kommission:

Meine Herren, Beamte, die sich zu einem wirtschaftlichen Zweck zusammenfinden, stehen dabei, wie jeder andere Staatsbürger, auf dem Boden der Verfassung, des Genossenschaftsgeistes und aller der auf Selbsthilfe basierten Organisationen, wie sie durch Schulze-Delitzsch zuerst in größerem Umfang ins Leben gerufen worden sind.

Ich bin nicht gewillt, auf die Beamten eine Einwirkung zu Gunsten eines Konsumvereins auszuüben. Ebenso wenig habe ich aber die Veranlassung, sie vom Betriebe zu einem solchen abzuhalten. Das würde höchstens angängig erscheinen, wenn eine ganz besondere Gefahr für das öffentliche Interesse vorläge. Eine solche vermag ich darin nicht zu erkennen, wenn ein Versuch gemacht wird, Einrichtungen hier zu schaffen, wie sie in fast allen größeren Städten (Magdeburg, Kassel, Meiningen u. s. w.) ohne Rücksicht auf andere zum Vorteil der Teilhaber bestehen. Ich glaube außerdem, daß Umfang und Bedeutung der Sache von Ihnen stark überhöht wird. Von einer sozialen Isolierung des Beamtenstandes, einer geistigen, gesellschaftlichen Scheidung oder Loslösung von dem Bürgerkertum kann dabei doch nicht wohl im Ernst die Rede sein, wenn ein Teil der Beamten sich zu gemeinschaftlichem Bezug von einem Teil ihrer Wirtschaftsbedürfnisse zusammenfindet.

Oder würde es Ihnen lieber sein, wenn sich ein allgemeiner großer Konsumverein, der sich nicht auf einen Teil der Beamten beschränkt, bildete, woran doch gewiß niemand gehindert werden könnte und dürfte? Dann aber, und das erscheint mir die Hauptfrage, haben Sie es wesentlich in der Hand, einer solchen wirtschaftlichen Selbsthilfsbewegung den Anfang und die Grundlage zu entziehen, wenn Sie mit allen Kräften darin wirken, daß so manchen auch hier hervorgetretenen Widerständen gegenüber die Herren Gewerbetreibenden und Kaufleuten für unbedingte und allgemeine Befolgung der soliden Geschäftsprinzipien Sorge tragen.

Dahin gehört zunächst volle Neutralität in Warenverfügung und Preisbemessung, gleichmäßige Behandlung aller Kunden nach dem Wert der Ware und nicht nach der Person des Kaufmanns, und vor allem eine Verbesserung des Kreditsystems. Der pünktliche und sichere Zahler muß wissen, daß er nicht für die Verluste mit zu beahlen hat, die unvorhergesehene Krebsgebote und über lange Zahlungsfristen hervorbringen. Soviel ich höre, will der in der Bildung begriffene Konsumverein das Prinzip der Barzahlung einführen. Geben Sie keinem Beamten mehr langen Kredit und nehmen Sie ihm dafür nur die Preise ab, die Sie mit den geringsten Risiken stellen können, dann haben Sie der jetzigen Bewegung von selbst das Wasser abgegraben.

Diese Maßnahme werden freilich bei der Eigenart der Konsumvereinstümmer ihren Zweck verspielen. An eine Reform des eigenen Geschäftsgebärens denken die Herren durchaus nicht. Ist's doch viel bequemer, nach Verboten zu schreien.

Der Parteitag des Bezirksverbandes der freisinnigen Volkspartei für den Bezirk Leipzig wird Sonntag den 26. d. M. in Oschatz abgehalten werden. In öffentlicher Versammlung wird der Reichstagabgeordnete Kopisch-Berlin sprechen.

Durch die politische Abteilung des Leipziger Polizeiamtes wurden im Jahre 1898 903 Versammlungen, und zwar 104 Vereins- und 799 öffentliche Versammlungen überwacht. Verboten wurden 8, der polizeilichen Auflösung verfielen 2 Versammlungen. Im Laufe des vergangenen Jahres kamen bei dieser Abteilung, der die Beaufsichtigung des Vereins-, Versammlungs- und Pressewesens zusteht, 138 neue Vereine zur Anmeldung, von denen 89, da sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, den Bestimmungen in § 19 f. des Vereinsgesetzes unterstellt wurden. Die Zahl der polizeilich kontrollierten, hier erscheinenden periodischen Druckschriften, von denen Pflichtexemplare einzureichen sind, belief sich am Ende des Jahres 1898 auf 182.

Zur Errichtung eines Arbeitsnachweises für ungelernte Arbeiter ist ein Ausschuss zusammengetreten, dem angehörten die Stadträte Dr. Wagner und Dr. Büttner und ferner Schlossermeister Sauer, Kaufmann Gontard, Buchhändler Voerster, Privatdozent Dr. Götz und Handelskammersekretär Dr. Geisel.

Die Nordvorstadtische Volksbank in Gotha verteilt nach den üblichen Abschreibungen eine Dividende von 5 Prozent.

Die Leipziger Kreditbank schlägt ihrer Generalversammlung die Verteilung einer 8prozentigen Dividende für das vergangene Jahr vor.

Die Botterie-Darlehensklasse macht bekannt, daß der Zinsfuß für die bei ihr auf unbestimte Zeit entnommenen Darlehen vom 21. Februar d. J. ab auf 4% Prozent erhöht worden ist.

Aus dem Fenster gestürzt. In der Schenckendorffstraße machte eine 71 Jahre alte Frau ihrem Leben dadurch ein Ende, daß sie sich aus einem Fenster der vierten Etage in den Hof hinabstürzte. Die Unglückliche, die aus Lebensüberdrüft gehandelt haben soll, war sofort tot.

Einen glatten Unfall erlebte gestern früh in der Kohlgartenstraße zu Rendig eine Platzaule. Ein einspänniges Geschirr, das einem Motorwagen ausweichen wollte, stieß an die Säule an, die darauf sofort umstürzte, da sie nur auf das Trottloir aufgesetzt und mit wenigen Schrauben befestigt war.

Der Tod des fünf Monate alten Knaben eines Produktionshäufers am Habel in Volkmarßdorf wurde dadurch veranlaßt, daß das Kind in so heißem Wasser gebadet wurde, daß es erhebliche Brandwunden erlitt. Später traten Krämpfe hinzu, unter denen das Kind verstarb. Das Badewasser war, da der Thermometer defekt war und infolgedessen die Wärmegrade falsch angegeben hatte, zu heiß gemacht worden.

Ein Einbruchdiebstahl wurde auf einem Bau an der Scheußendorf- und Lößniger Straße in der Sonnabendnacht verübt. Aus der dortigen Baubude wurde ein Isolander, eine Weste und ein Rollbandmisch entwendet. Die Einbrecher scheinen gespißt worden zu sein, denn sonst hätten sie noch verschiedenes Zimmererhandwerkzeug können mitgehen lassen. Auch zur Säuberung war Stoff vorhanden, doch haben sich die Diebe an dem Biervorrat nicht vergrißen. Von den Thätern fehlt noch jede Spur.

Diebstahl. In der Zeit von Sonnabend abend bis Montag früh ist in ein Garderobegeschäft in der Eisenbahngasse zu Neuschönfeld eingebrochen worden. Die Diebe verschafften sich von der Haustür aus mittels Nachschlüssels Eingang und stahlen vier Winterüberzieher, fünf Kammgarnanzüge und eine Anzahl Radells, Hosen und Westen im Gesamtwert von 300 M.

Mit größeren Geldbeträgen durchgebrannt ist der aus der Freiberger Gegend gebürtige Reisende Kunz. Er hatte die Gelder für eine Leipziger Firma einkassiert.

Genua. Im Hause Elsässer 16 in Neudnit sind gestern vormittag drei Dachlammer, in denen sich Möbel und Bettwesen befanden, ausgebrannt. Das Feuer ist vermutlich durch aus einer Esse herausgeflogene Funken entstanden. Die Feuerwehr löschte nach einstündiger Thätigkeit das Feuer.

Von Nah und Fern.

Sträßlingsrevolte.

Wien, 22. Februar. Im Buchhaus zu Döllendorf ist eine Sträßlingsrevolte ausgebrochen. Sie war ausschließlich gegen den neuen Direktor, der sich durch außerordentliche Strenge unbeküft gemacht, gerichtet und konnte erst mit Eintreffen von zwei Eskadrons Kavallerie unterdrückt werden.

Telegraphische Depeschen.

Volks telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Paris, 22. Februar. Die radikalen und sozialistischen Blätter erklären, sie seien von der Postfahrt Loubeis vollaus besiegelt;

Kleine Chronik.

Leipzig, 22. Februar.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Donnerstag Shakespeares Romeo und Julia gegeben. Im Alten Theater wird Mameli Ritouche wiederholt.

Am Freitag wird im Neuen Theater Die Hochzeit des Figaro aufgeführt. Fr. Seebe singt erstmals die Suzanne, Herr Groß den Grafen. Im Alten Theater geht am Freitag Madame Sans-Gêne in Scene.

Für den kommenden Sonntag ist im Neuen Theater die Oper Der Barbier von Sevilla angefecht, der das Ballett Maskenballbilder folgt. Im Alten Theater wird der Schwank Im weißen Röhl aufgeführt. Im Carolatheater ist die Operette Der Vogelhändler angefecht.

Außerordentliches Philharmonisches Konzert. In dem außerordentlichen Philharmonischen Konzert, das Herr Winderstein mit seinem Orchester veranstaltete, spielte zunächst ein Herr Wlodek Argiewicz aus Berlin mit dem sorglosen Wagemut der Jugend das schöne, aber schwere Violinkonzert in D-Dur von P. Tschaillowsky mit einer gewissen Fingerbegleitigkeit, aber ohne jedes musikalische Gefühl und Verständnis. Dazu kam dann noch die unsichere Orchesterleitung des Herrn Winderstein. Unter diesen Umständen blieb von dem charakteristischen Tonwerk nicht viel übrig. Es war schade darum. Aber schließlich erträgt man auch einmal ein mißlungenes Tschaillowskonzert mit Geduld und Ergebenheit. Anders ist es aber, wenn Herr Winderstein sich an den großen Heiligthümern der Musik vergreift. Das muss energisch zurückgeworfen werden. Die Aufführung der Neunten war geradezu jammerhaft. Der erste Satz ohne Salt und Kraft, ohne richtige Phrasierung mit Angst und Schrecken zu Ende geführt; der zweite zu wiederholten Malen in völliger Verwirrung, der der Kapellmeister hilflos gegenüberstand und aus purer Angst das sogenannte Trio bis zur Unmöglichkeit überhieß; der wundervolle dritte Satz ohne Seile und Herz, das herrliche zweite Thema (Andante moderato) gleichgültig heruntergeschleppt und die Variationen, in denen sich jedes einzelne Instrument begeistert soll, vernischt, verzerrt. Vom vierten Satz mit den Chören wollen wir lieber gar nichts sagen. Das einzige Schöne war der berühmte Einsatz Schelpers (O Freunde, nicht diese Töne!). Auch der Tenor des Soloquartetts, Herr Heinrich Heller aus Weimar, hielt sich wacker. Aber die beiden Damen, Frau Amelie Omür-Harloff aus Weimar und Frau Adam aus Leipzig waren nicht recht zufrieden, besonders Frau Adam, von der man nicht viel hörte. Unter diesen Umständen geriet der berühmte „sanfte Flügel“ eben in die Brüche. Aber die Mitwirkenden waren ja von Dirigenten völlig im Stich gelassen. Wenn man alle Fehler dieser „Neunten“ aufzählen wollte, man würde ganze Seiten vollschreiben müssen.

denn sie lasse hoffen, daß es nunmehr mit der Politik der Reaktion und mit den Zugeständnissen an die Rassierten zu Ende sei. Die gemäßigten und konservativen Organe bezeichnen die Postfahrt als vorge und nichtssagend und fadeln insbesondere, daß der Präsident Loubet nicht rückhaltlos verspricht, die Dreyfus-Agitation zu bekämpfen.

Der Pariser Gemeinderat hat an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, in dem er sie auffordert, die Bemühungen der Unruhestifter, die die augenblicklichen Schwierigkeiten zu Treibereien gegen die Republik benützen und während der Leichenfeier Kundgebungen veranstalten wollten, durch eine würdige Haltung zu nichts zu machen.

Seiele erhebt dagegen Einsprache, daß eine Abordnung der Patriotenliga offiziell dem Leichenzug Faunes folge.

London, 22. Februar. Dem Neuerischen Bureau wird aus Halifax (Neuschottland) berichtet: Ein Reisender, der seinen Namen Agoncillo unterzeichnete, hat sich heute hier nach Liverpool auf dem Dammer Labrador eingeschifft. Hier zweifelt man nicht, daß der betreffende Reisende der Abgesandte der Filippinos, Agoncillo, ist.

Newark, 22. Februar. Nach einem hier aus Kingston (Jamaika) eingetroffenen, vom 14. d. M. datierten Briefe ist dort aus Cayenne die Nachricht eingegangen, zwischen den Begleitmannschaften der französischen und der brasilianischen Kommission, die Untersuchungen in der Grenzfrage anzustellen, sei es zu einem Zusammentrage gekommen. Einzelheiten fehlten noch, aber der französische Gouverneur habe 200 Mann Verstärkung für die französische Kommission entsandt.

Quittung.

Zur Uebermittelung an die Kreisfelder Textilarbeiter wurden uns übergeben:

Als jetzt M. 878.88. Die verauktionierte Notfahne der sozialdemokratischen Handlungsgesellschaft 3.65. Max Boerschmann —. Ein Junge 1.—. Gottlieb von Schöcher 2.10. Betrieb vollständiger Bilder, P. Weber, Lindenau 2.—. Vom alten Wilhelm aus der Morgenröte 1.—. Summa: M. 888.63.

Für die Angehörigen der vom Dresdener Schwurgericht verurteilten Böblauer Arbeiter gingen ein:

Als jetzt M. 1586.72. B. M. 10.280. J. L. Beelitz 5.—. Betrieb vollständiger Bilder, P. Weber, Lindenau 2.—. Note Kindtaufe, Wahren, Königstraße 2.01. Maurer von Neubau Salomonstraße 10 21.90. Bockbierfest bei Uhlemann, Sellerhausen, durch C. R. 2.80. Personal der Schriftgießerei C. Klobert 30.25. Troch alledem, Alexanderstr. 21.2.—. Sonntagskeller im Coburger Hof 1.50. Wo ist die Blinde? —. Stat. Emilienstr. durch P. —. 50. Zimmerplatz Schurig, Plagwitz 2.50. Pulachau —. 50. Avanti, 2. Platz 1.—. Bockbierfest bei Böblner, Paunsdorf 1.—. Ein Junge 1.—. Summa: M. 1663.98.

Die Expedition.

Für die Kreisfelder streikenden Sammetweber gingen folgende Unterstützungen bei dem Leipziger Gewerkschaftskartell bis mit 20. Februar ein:

Als Nachtrag auf Quittung vom 9./2. Formier d. Pf. Firma Krause, Liste 2028; M. 9.65. Holzarbeiter b. R. 1738; 1.60, 2300; 5.05, b. G. 2385; 15.40, b. R. 2585; 5.05, b. U. 2586; 3.40. Dachdecker b. B. 5. Mängel 2128; 8.—, b. W. 2508; 2.—. Dachdecker b. G. 2168; 7.65. Dachdecker b. W. 2129; 4.50. Holzarbeiter b. J. 2491; 5.87 (barunter von aufgestellten Eisenbauern b. J. 8.42). Holzarbeiter b. G. 2587; 6.80. Metallarbeiter b. B. 2600; 18.50. Holzarbeiter b. G. 2489; 7.05. Cementarbeitervergnügen b. B. 2888; 11.55. Holzarbeiter b. O. 2. 2592; 10.80. Billardspieler, Cambrinus, L.-Aigner, b. Pf. 2661; 2.43. Schuhmacher b. G. 2529; 11.80. Holzarbeiter b. W. 2650; 6.80. Dachdecker b. M. 2416; 7.50. Guttmacher b. G. 5.—. Steinarbeiter b. J. 2910; 14.95, 2811; 2.75, 2812; 5.95, 2813; 5.60, 2817; 5.—, 2808; 4.35, 2701; 1.—, 2702; 1.20. Notenfabrik C. G. R. 2044; 8.40, 2816; 13.85, 2487; 7.25. Holzarbeiter b. G. 2840; 10.—, b. R. 2001; 5.75, 2002; 6.70. Markthäuser W. —. Formier d. Pf., Firma Nestmann 2006; 6.95, Gießerei Pößbör 2007; 10.65. Beder 2013; 8.10, 2208; 20.80. Mag. Jahr 2015; 7.90, Schubmacher u. Diekmann 2360; 4.—, Freiberger 2361; 17.65, Meier u. Weigel 2862; 18.60, Hördner-Stünz 2600; 26.75. Holzarbeiter b. L. 2531; 6.85. Celluloidarbeiter b. T. 2592; 5.05. Gummirbeiter b. T. 2584; 4.—. Hügel u. Polter 2504; 8.90. Textilarbeiter b. Glanzmann 2115; 10.65, 2118; 2.80, 2120; 8.65, 2122; 2.80.

2123; 5.—, 2287; 1.80, 2288; 7.15, 2261; 5.65. B. L. (Dresdener Straße 16) 2556; 13.40. Maurer b. B. als Rest 2038; 5.05. Baubarbeiter b. B. 2178; 6.95, 2032; 6.60. Holzarbeiter Gantel b. B. 2332; 11.—. Arbeiter Westen b. Orbel 2201; 19.65, 2212; 16.75. Jahn-Leutzh. b. Orbel 2220; 4.20, 2228; 5.65, 2224; 6.40, 2225; 2.45, 2226; 8.25, 2227; 8.10, 2229; 13.05. Sonntagskeller im Coburger Hof b. G. 1.60. Gravure u. Giseleure b. Sch. 1861; 11.70, 2648; 1.—. Handlungsgesellschaft (Comptoirpersonal, Plagwitz) b. G. 2084; 14.40. Maurer b. W. 2890; —. 20, b. P. 2559; 8.55. Galvanoplastiker u. Sterotypist b. R. 2633; —. 95. Markthäuser b. G. 2322; 6.85, 2324; 7.70. Buchdrucker b. R. 2530; 9.30. Zimmerer b. G. 2621; 4.05. Textilarbeiter Ostern b. Sch. 2424; 5.70, 2428; 3.10, 2429; 10.70, 2433; 9.05, 2435; 8.40. Holzarbeiter b. R. 2527; 5.45. Böttcher b. J. 2620; 7.—. Holzarbeiter b. G. 2254; 4.30, 2258; 10.70, 2494; 3.75, 2644; 5.25. Holzarbeiter b. G. 2140; 10.95. Maurer b. G. 2402; 5.05. Bäder b. G. Konsum Plagwitz 2407; 19.30. Textilarbeiter b. G. Glanzmann 2070; 11.75, 2071; 3.45, 2072; 1.55, 2075; 4.05. 2078; 3.55, 2281; 0.65, 2286; 2.65, 2248; 8.74. Holzarbeiter Thiele b. G. 2386; 6.75. Buchdrucker b. R. 2255; 2.45. Schriftgießerei C. R. 2643; 14.75. Personal C. W. R. b. G. 2640; 3.35. Holzarbeiter b. G. 2558; 10.95, 2557; 11.85. Vergnügungen der Speditionsarbeiter, Kranstallpalast, b. B. 2635; 18.80. Holzarbeiter Jansch b. G. 2458; 5.80. Gummirbeiter b. G. Marx u. Heine 2583; 5.—. Celluloidarbeiter b. B. Firma W. C. Böttcher 2490; 11.50. Maurer b. P. 2735; 10.60. Holzarbeiter b. W. 2061; 5.10, b. Sch. 2692; 11.80. Flemming-Leutzh. b. Sp. 2341; 16.10, b. G. 2687; 2.85. Formier d. Pf. Swidersky 2004; 25.85. Meier u. Weigel 2363; 13.25, 2370; 8.—, 2372; 3.—, 2651; 24.35, 2652; 20.15. Gießerei Freiberger 2655; 17.50. Sternkopf 2656; 14.75. Segelspieler, Coburger Hof, b. St. —. Vergnügungen der Stellmacher und Wagenbauer b. R. 2772; 12.00. Grüner Strumpf b. Salzer 3.—. Braustraße, Plagwitz, W. B. 8.75. Former Ludwig Leu, Großschober, b. G. 2007; 9.60. Metallarbeiter b. S. Armaturenfabrik 2512; 16.20. Holzarbeiter b. Sch. 2736; 6.10. Bäder b. W. 2148; 12.—. Comptoirpersonal, Konsumverein Osten, b. Gottschalg 2029; 18.50. Steinarbeiter b. J. 2307; 2.95, 2664; 6.15, 2665; 4.75, 2667; 2.85, 2669; 1.25, 2670; 5.35, 2672; 1.80, 2673; 18.15, 2703; 2.40, 2704; 6.50. Brauerei Naumann, Plagwitz 2387; 13.10. Arbeiter Westen b. Orbel 2208; 10.80, 2211; 4.75, 2215; 8.02. R. Sad d. Orbel 2591; 18.25. Konsumverein Plagwitz, Markthäuser und Kutschler b. Glanzmann 2243; 84.50. Zimmerer, Kleinhochscher, b. G. 2245; 8.30. Textilarbeiter b. Glanzmann 2244; 8.55, 2280; 15.80, 2240; 3.60, 2233; 1.70, 2282; 5.85, 2182; 1.25, 2126; 5.65, 2070; 5.45, 2060; 10.—, 2200; 6.85, 2247; 3.05. Lithographen u. Drucker b. Pf. 2602; 4.55. Maurer Jacob 2521; 16.15. Restaurant zum führen Brunnen, Johanniskirche, b. J. 2522; 10.—. Maurer b. Jacob 2523; 11.—, 2524; 10.15, 2525; 6.80, 7.85. Comptoirpersonal des Plagwitz Konsumvereins b. G. 2. Rate, 2677; 7.40. Holzarbeiter b. B. Musikkwerke Euphonista 2761; 8.75. Heinrich Bauer 2452; 17.75. Maurer b. G. M. 2358; 5.75. Holzarbeiter b. L. Symphonion 2770; 20.25. Buchdrucker b. R. Volkszeitungspersonal 2645; 18.50. W. Engelborth 2639; 7.20. Holzarbeiter, Firma Gross, b. R. 2637; 5.80, b. L. 2600; 14.45, b. Th. A. 2058; 2.60, zwei Weißföhren b. B. 2.—. Walter b. R. 2550; 11.87. Schubmacher b. J. 2394; 8.15, 2395; 4.80. Die oben verzeichnete Liste 2058 mit dem Betrage von M. 2.80 ist als verloren gemeldet.

Berichtigungen. In der Quittung vom 9. Februar muß die Liste des Maurers J. 2157 anstatt 2155 heißen. Der Abschluß auf Liste 2154 des Maurers R. betrug nur M. 6.—, nicht M. 18.—. Auf Liste 2404 des Holzarbeiter, Harmoniumfabrik sind nicht M. 15.—, sondern M. 15.20 eingegangen.

Hermann Wilsbors, Kassierer.

Auskunftsbüro für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen. Stadt Hannover, Seeburgstr. Geben Abend von 7½—8 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeitnehmer.

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Aussträgers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist. Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Aussträgers mit angeben.

Künstlers fällt: die titanische Kraftentfaltung unseres Jahrhunderts und das Glend unseres Ze

Auskunft in Rechtsfragen.

G. G. Gohtis. 1. Bei monatlicher Mietzahlung gilt, wenn nichts anderes ausgemacht ist, monatliche Kündigung. 2. Wenn eine von dem alten Vertrag abweichende Bestimmung nicht vereinbar wäre, würde jener noch Gültigkeit haben. 3. Die monatliche Kündigung läuft vom 1. bis 31. März. 4. In dieser allgemeinen Form fährt sich die Frage nicht beantworten. Handelt es sich denn um eßliche Aussagen? Kommen Sie Donnerstag in unsere Sprechstunde und bringen Sie den alten Vertrag mit.

F. G. Lindau. Da der 1. März auf einen gesetzlichen Feiertag fällt, ist der 2. März der geistliche Abzugstag.

G. W. Leibigstraße. 1. Sie hasten nur für Schulden, die Ihr Sohn zum Lebensunterhalt eingegangen ist. 2. Erheben Sie Einspruch gegen die Unabhängigkeit des Dresdener Gerichts.

Fr. P. Auerstr. Die entstehenden Kosten können Sie vom Melzsins in Abzug bringen. Ein Grund zur sofortigen Auflösung des Mietverhältnisses ist das nicht.

Alter Abonnent. Wenn die Staatsanwaltschaft von der Sachlage unterrichtet wird, ist eine Anklage wegen betrügerischen Bankrotts sehr wahrscheinlich.

Th. Die Schuld von 100 Mark ist aus der gesamten Hinterlassenschaft zu decken.

Briefkasten der Redaktion.

R. M. 24, Leipzig. Teilen Sie uns mit, ob der Verstorbene bei der sächsischen oder preußischen Staatsbahn angestellt war.

B. G. 100. Eruchen Sie den Rat der Stadt Leipzig um Unterstützung aus Stiftungsmitteln.

1. M. J. Wir sind nicht in der Lage, Ihnen eine Engrossfirma für den Bezug von Holzkohle zu nennen.

R. A. 8, Schönsfeld. Der anfangs in Büttow und später in London erschienene Sozialdemokrat ist mit dem Abtau des Sozialisten-Berlin unter dem Titel Sozialdemokrat ein Wochenblatt, das jedoch auch schon seit mehreren Jahren wieder eingegangen ist.

A. B. Ewaldstr. Kommen Sie Donnerstag über Sonnabend abend in unsere Sprechstunde.

Versammlungskalender.

Mittwoch: Deffent. Versammlung. Thüringer Hof zu Volkmarndorf. Abends 1/2 Uhr. T.-O.: 1. Die Entwicklung der politischen Zustände in Deutschland.

Referent: Reichstagsabgeordneter für Sie aus Coburg. 2. Stellungnahme zu dem vom Centralomite für Sachsen veröffentlichten Entwurf eines Organisationsstatutes.

Schneider. Jena, Windmühlenstraße. Abends 1/2 Uhr. T.-O.: 1. Bericht des Reichstagsabgeordneten über die Verhandlungen mit der Firma bereits der Vorsitz. 2. Die Gewerbeverhältnisse und Gewerbeausübung des Oberamtes.

Herrn A. Doss, hier. 3. Gewerbeschultheit.

Schmidle. Fleischhauer zu L. Blaupunkt. Abends 1/2 Uhr. T.-O.: 1. Bericht über die Liquidation des Obstvereins. 2. Wie stehen wir nun zu Gesetzen ausschließlich. 3. Die neuesten Maßnahmen der Firma A. Doss. 4. Gewerbeausschüsse.

Küchenzettel der südlischen Speiseanstalten.

Donnerstag: Speiseanstalt I (Johanniskirche): Rudelein mit Rindfleisch.

Speiseanstalt II (Moienthalgasse): Welschtoft u. Kartoffeln mit Rindfleisch.

Gasthaus Stadt Bornau

Ulrichsgasse 10.
Heute Bockbeer-Saft mit Unterhaltung. Dazu
lader ergeben ein Adolf Schlerz.

Restaurant zum Alten Fritz

Grosszschocher.
Sonnabend den 25. Februar Vorstellung des Prämien-Auskegeln.

Viele sind noch zu haben. Hierzu lader ergeben ein M. Jänechen.

Halte sieb frisch auf Lager den verschmitten

Lotzbecker Schnupf-Tabak.

Allerdinge Vertreter: Gustav Kolbe, Cigarrengehäuse, 2. Lindenau, Markt 22.

Fein alt. Malaga ff. Portwein Madeira, Sherry hochf. Samos-Ausbruch.

B. H. Leutemann Ecke Windmühlenstr. u. Kurprinzstr.

Schuhmühre von Heinr. Boldt

Südstraße 73b.

Musikwerke

mit einlegb. Metallnoten, Tasten u. Stücken freiwillig von

17 bis 550 Mr.

Grösste Noten-Auswahl!

A. Zuleger, Königspl. 6. Gegr. 1872.

Möbeltransporte

mit großen und kleinen Verjalousien, werden für Stadt, Land und Eisenbahn ohne Umstädten, prompt und billig unter Garantie abgeliefert.

Emil Heinrich

Leipzig-Volkmarndorf

Juliusstraße 27

Telephon Am 1. 4165

Retourladungen und viel disponibel.

Billig! Billig!

25

Bettstellen

mit Matratzen

sind einzeln mit 5,- Mr.

Aufzahlung abzugeben.

S. Osswald

Königplatz 7, L.

gegenüber der Markthalle.

Geb. saub. Sofa u. einzige Federbetten bill.

Sternwartenstraße 41, Eing. Hof r., IV. L.

Zu verk. geb. Rückenlehnen-, Bett-, Matr.,

Kunststoff, Fensterläden, Uferstraße 4, p.

Webr. Schreibpult zu verkaufen.

Volkmarndorf, Mariannenstraße 98, II. r.

Gelegenheitsf.: Ober-, Unterbett m. E.

13,- Herrsch.-Bett 18,- Eberhardstr. 11, p.l.

Nehmaschinengestell billig zu verkaufen.

Kleinzeichner, Albertstraße 1, II. r.

Gast neuer Kinderwagen m. Bett, bill. zu

verkaufen, Marienstraße 36, III. r.

Guter, mod. Kinderwagen, 5,- Mr. zu ver-

kaufen, Josephstraße 16, III. r.

Guter, Kinderwagen bill. zu verkaufen.

Lindenau, Josephstraße 42, II. m.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Mittwoch den 22. Februar: 50. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot).

Die Tochter des Regiments. Komische Oper in 2 Akten. Nach dem Französischen des St. Georges und Bayard und Vollmilc. Musik von Donizetti.

Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Poß.

Marie, Marketenberlin

Sulpice, Sergeant

Toni, ein junger Tiroler

Marchesa von Maggiolivo

Herzogin von Granitoppi

Dortensio, Hofmeister der Marchesa

Ein Notar

Ein Korporal

Ein Bauer

Die Handlung ist im 1. Akt in der Gegend von Polozia; der 2. Akt

spielt ein Jahr später auf dem Schlosse der Marchesa.

Hieraus:

Maskenball-Bilder. Tanz-Divertissement arrangiert vom Ballettmeister X. Gollinelli.

Nach dem 1. und 2. Akt der Oper finden längere Pausen statt.

Einsatz 1/2 Uhr. Aufgang 7 Uhr. Ende gegen 9/10 Uhr. **Schaus.-Preise.**

Willst.-Verkauf an der Tagessäule von 10 (Sonne- u. Feiertags) von 10/11 bis 3 Uhr.

Spielplan: Donnerstag: Romeo und Julia. Aufgang 7 Uhr. —

Freitag: Figaro Hochzeit. Aufgang 7 Uhr. — Sonnabend: Der Bibliothekar. Aufgang 7 Uhr.

Altes Theater. Mittwoch den 22. Februar: 21. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen.

Die Räuber. Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Regie: Oberregisseur Adler.

Wolfgang, Graf von Woer

Franz, seine Söhne

Amalie, seine Nichte

Spiegelberg, Schwälzer

Moller

Grimm

Übertiner, nachher Wandten

Schusterle

Rahmann

Schwarz

Kofnah, ein böhmischer Edelmann

Hermann, Bastard eines Edelmannes

Daniel, ein alter Diener

Ein Vater

Stäuber, Diener

Nach dem 2. und 3. Akt finden längere Pausen statt.

Einsatz 1/2 Uhr. Aufgang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Halbe Preise.**

Gillet.-Verk. a. d. Tagessäule v. 1/10 (Sonne- u. Feiertags), 1/11 bis 3 Uhr.

Spielplan: Donnerstag: Mameli Altouche. Aufgang 1/8 Uhr. —

Freitag: Madame Sans-Gêne. Aufgang 1/8 Uhr. — Sonnabend:

Der lustige Krieg. Aufgang 1/8 Uhr.

Theatervorstellungen. Mittwoch den 22. Februar: 22. Februar

Leipziger Volkszeitung

22. Februar

1899.

Gesetztag: Madame Sans-Gêne. Aufgang 1/8 Uhr. — Sonnabend:

Der lustige Krieg. Aufgang 1/8 Uhr.

22. Februar

1899.

Gesetztag: Madame Sans-Gêne. Aufgang 1/8 Uhr. — Sonnabend:

Der lustige Krieg. Aufgang 1/8 Uhr.

22. Februar

1899.

Gesetztag: Madame Sans-Gêne. Aufgang 1/8 Uhr. — Sonnabend:

Der lustige Krieg. Aufgang 1/8 Uhr.

22. Februar

1899.

Gesetztag: Madame Sans-Gêne. Aufgang 1/8 Uhr. — Sonnabend:

Der lustige Krieg. Aufgang 1/8 Uhr.

22. Februar

1899.

Gesetztag: Madame Sans-Gêne. Aufgang 1/8 Uhr. — Sonnabend:

Der lustige Krieg. Aufgang 1/8 Uhr.

22. Februar

1899.

Gesetztag: Madame Sans-Gêne. Aufgang 1/8 Uhr. — Sonnabend:

2. Beilage zu Nr. 44 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, den 22. Februar 1899.

Reichstag.

88. Sitzung, Dienstag, 21. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesstrich: Nieberding, Graf Wolabowsky.
Zunächst wird in dritter Lesung die Konsul-Vereinbarung zwischen dem deutschen Reich und Peru abgelebt genehmigt.

Hierauf wird die zweite Staatsberatung beim Etat für die Reichsschulverwaltung fortgesetzt.

Zum Titel Staatssekretär beantragt Abg. Beck-Goburg und Genossen (rechts, Vp.) folgende Resolution: Der Reichstag wolle schließen, die verbündeten Regierungen zu erzählen, in Gnadeheit des Reichstagsbeschlusses vom 22. März 1898 dem Reichstag noch in dieser Session einen Gesetzentwurf betr. die Entschädigung von solchen Personen, die mit Unrecht Untersuchungshaft zu erleben hatten, vorzulegen.

Abg. Dr. Spahn (Centr.) auf der Tribüne schwer verständlich beschwert sich über die Überstellung der Reichsgerichtsräte, die aus der Überbildung des Reichsgerichts folge.

Staatssekretär Nieberding:

Auch ich bin von der Notwendigkeit der Entlastung des Reichsgerichts überzeugt; doch kann eine solche nur durch eine Erhöhung der Revisionskammer erreicht werden; leider ist es den verbündeten Regierungen nicht gelungen, den Reichstag hierzu zu überzeugen. Doch werden sie nach dieser Richtung einen zweiten Versuch machen, wenn erst das neue bürgerliche Gesetzbuch das Bedürfnis nach Entlastung des Reichsgerichts noch mehr dargeben haben wird.

Abg. Roeren (Centr.):

Der Reichstag hat in einer Resolution am 18. November 1898 den Reichsantrag eracht, die reichsgerichtliche Regelung der bedingten Verurteilung in Erwägung zu ziehen. Untere Nachbarländer, besonders Frankreich und Belgien, haben mit dieser Institution die günstigsten Resultate in moralischer und finanzieller Beziehung erzielt. Nach den Berichten beträgt der Prozentsatz der Rücksäßigen bei bedingter Verurteilung in Belgien nur 4 Prozent, während im übrigen 50 Prozent der Verurteilten rücksäßig werden. Angesichts so günstiger Resultate hätte die Regierung wohl ihre jetzt seit zehn Jahren abwartende Stellung aufgeben können. Das von ihr eingeführte administrative Begnadigungsverfahren hat sich als vollkommen unstrichbar erwiesen.

Ich hoffe, daß unsere Regierungen endlich ihre abwartende Haltung aufgeben und zu dem System der bedingten Verurteilung übergehen werden. (Beifall.)

Abg. Wölfer-Meiningen (rechts, Vp.):

Über die Vorteile der bedingten Verurteilung sind eigentlich alle Parteien dieses Hauses sich einig. Aehnlich gute Erfahrungen wie in Belgien hat man auch in Frankreich gemacht. Für England gilt das gleiche. Auch bei uns hat ja nun die Regierung eine Art bedingter Verurteilung eingeführt, aber vollständig Fiasco damit gemacht. Schon die neuesten Ausführungen des Kriegsministers über die Zunahme der Kriminalität der eingefesteten Mannschaften mündeten dahin, daß alle Mittel ver sucht werden, durch die eine Abnahme der Kriminalität herbeigeführt werden könnte. — Ich komme damit auf eine andere Frage, die des Strafvollzuges. Die Altersgrenze für die Strafmündigkeit sollte von 12 auf 14 Jahre herausge setzt werden. Dann aber ist beim Strafvollzug, soweit derselbe nicht durch die Einführung der bedingten Verurteilung in Wegfall kommt, eine strenge Teilung der jugendlichen von den anderen Gefangenen notwendig.

Staatssekretär Nieberding:

Die legislatorischen Vorbereitungen zur Heraussetzung der Grenze für die Strafmündigkeit sind eingeleitet worden, und ich hege die Hoffnung, daß sie bald zur Vorlage reisen werden. — Ich selbst bin durchaus kein Gegner der bedingten Verurteilung, deren moralische, administrative und fiskalische Vorteile ich anerkenne. Wir haben versuchsweise die bedingte Begnadigung eingeführt und können über die Erfahrungen eingehend Bericht erstatten. Nach zwei oder drei Jahren kann man aber noch nicht von abschließenden Erfahrungen sprechen. Will man die Wirkungen richtig beurteilen, so muß man auch die Strafarten in Betracht ziehen.

Die Vorredner haben nach echt deutscher Sitte alles Licht auf die ausländischen, allen Schatten auf die deutschen Verhältnisse lassen lassen. Im nächsten Jahre wird Ihnen indes eine Denkschrift vorgelegt werden, aus der sie erkennen werden, daß von einem Fisiko bei uns gar keine Rede sein kann. Bei den verbündeten Regierungen ist ebenso wie beim Reichstag der gute Wille vorhanden, die möglichst besten Resultate zu erzielen. Söhren Sie aber nicht unsere vorstolzen Versuche durch übergroße Eile.

Abg. Gräbnauer (Soz.):

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einen einzelnen Fall zur Sprache zu bringen, der mir von sehr erheblicher grundsätzlicher Bedeutung zu sein scheint. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die erwachsen ist auf dem klassischen Boden deutscher Reaktion, dem sächsischen, um ein Urteil des sächsischen Oberlandesgerichtes, das am 10. Dezember 1898 gefällt wurde und, wie mir scheint, mit grundlegenden reichsgerichtlichen Bestimmungen im vollen Widerspruch steht. Der Thatsatz ist kurz folgender. Vor der letzten Reichstagswahl verbreiteten in der Stadt Dresden auf einigen Straßen und Plätzen Personen, die den sozialdemokratischen Partei angehören, Flugschriften zu Wahlzwecken. Sie thaten dies, weil es bei früheren Wahlen so üblich gewesen war und nach dem Brachten dieser Personen durch den § 48 der Gewerbeordnung erlaubt ist. Jene Leute haben aber wegen dieser That ein polizeiliches Strafmaß erhalten, und die Sache hat dann die Gerichte beschäftigt. Es wurde den Leuten zum Vorwurf gemacht, daß sie sich gegen die Verkehrsordnung der Stadt Dresden, die durch die dortige Ortspolizei im Jahre 1897 herausgegeben war, verstümt hätten. Schließlich wurde dann durch das Oberlandesgericht das Urteil ausgesprochen, daß die Polizei berechtigt gewesen wäre, dies Strafmaß zu erlassen. Auch zur Wahlzeit sei die Verteilung von Flugschriften zu Wahlzwecken in einer ganzen Menge von Straßen und Plätzen Dresdens ohne polizeiliche Genehmigung nicht gestattet. Ich möchte gleich bemerken, daß diese Strafe verhängt wurde, ohne daß den betroffenen irgend eine willkürliche Verkehrs störung zum Vorwurf gemacht worden wäre. Von der Befreiung wurde nun der § 48 der Gewerbeordnung vorgenommen, und das Oberlandesgericht hat sich auch mit der That beschäftigt, insofern die Polizeiverfügung sich mit diesem Paragraphen zusammenrein lasse. Es hat die Meinung ausgesprochen, daß das Verbot, das im § 60 jener Dresdener Verkehrsordnung enthalten ist, durch den § 48 der Gewerbeordnung gar nicht berührt werde. Es hat gesagt, der § 48 sei sich nur mit der Befreiung früherer landesgesetzlicher Bestimmungen, die der persönlichen Zulassung zum Gewerbebetrieb im Wege standen, durch den § 48, Abs. 3 und 4 sollten aber in keiner Weise die Maßnahmen der Sicherheitspolizei bestätigt oder überflüssig gemacht werden. Weiter wurde behauptet, es sei im § 48 nichts über die Art der Ausübung des dort gegebenen Rechtes gesagt worden und über diese Art der Ausübung seien die Polizei sich bestimmungen vor. Das Urteil gipfelt in folgenden Worten: Es muß daher ein allgemein von der Polizeibehörde aus sicherheitspolizeilichen Gründen für bestimmte Straßen erlaubtes Verbot der Verteilung von Druckschriften trog der Vor schrift Absatz 3 und 4 des § 48 der Gewerbeordnung insofern für gültig erachtet werden, als von ihm auch Wahlflugschriften im Sinne des § 48 getroffen werden.

Nun bin ich aber der Meinung, daß das Oberlandesgericht hier eine völlig falsche Auslegung getroffen hat, und sich in vollen Widerspruch gesetzt hat mit den Absichten, die seiner Zeit gerade dieses Hauses gelebt hatten, als es die Absätze 3 und 4 in den Paragraphen hineinbrachte. Daher hat der Reichstag eine besondere

Pflicht, sich mit diesem Urteil zu befassen. Es ist allerdings richtig, daß dieser Paragraph der Gewerbeordnung von der vorsätzlichen Zulassung zum Gewerbe handelt und daß bei der Beratung im Jahre 1898 es sich bei der Herleitung dieses Paragraphen in erster Linie darum handelte, die landesgesetzlichen Beschränkungen der Zulassung gewisser Kategorien von Personen aufzuheben und allen Berlinern das Verteilen von Flugschriften zu ermöglichen. Aber wenn man da herauslesen will, daß der Reichstag nicht die Absicht gehabt hat, solchen Beinträchtigungen jenes Rechtes entgegenzutreten, so kann davon keine Rede sein. Wenn der Reichstag damals einen solchen Versuch geahnt hätte, hätte er ausdrücklich erklärt, daß er auch solche Beinträchtigungen ausschließen wollte. Es muß unbedingt zugesehen werden, daß die Art der Ausübung eines Rechtes der Polizeibehörde zur Beurteilung überlassen bleibt. Gewiß, die Verteilung der Flugschriften kann in einer solchen Weise vor sich gehen, daß die Polizei das Recht hat, dagegen einzuschreiten, aber das Oberlandesgericht hat das Kunftlich vollbracht, zwei ganz verschiedene Begriffe zu vertauschen: Das Recht etwas auszüben, mit der Art wie dies Recht ausgeübt werden darf. (Sehr richtig! links.) Ich will nur auf die Konsequenzen hinweisen. Wenn man gebietet, daß im Centrum einer großen Stadt und auf einer ganzen Reihe von Plätzen das Recht der Flugschriftenverteilung mit einer polizeilichen Genehmigung verknüpft sein soll, dann wird gerade das Gegenteil davon erreicht, was die Gewerbeordnung ausdrücklich vorschreibt, nämlich, daß die Verteilung von Flugschriften nicht an polizeiliche Genehmigung geknüpft sein darf. Was allgemein vom Reichsgericht erlaubt ist, das kann unmöglich für ein gewisses Territorium von der Polizei verboten werden. Wenn diese Praxis eingeführt werden sollte, thäte man gut, als Motto über unsere Reichsgesetzesammlung zu lehnen: Die Reichsgerichte gelten sowohl, als es die Polizei erlaubt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Polizei könnte ja noch viel weiter gehen. Sie könnte Bezirk um Bezirk, also schließlich die ganze Stadt ausnehmen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung, sie könnte auch innerhalb geschlossener Verlauflungen das Fehlhalten verbieten, ja, sie könnte auch für Wohnungen ordnungspolizeiliche Bedenken erheben. Es ist von dem Abg. Richter seiner Zeit ausdrücklich darauf hingeworben, daß man Vorkehrungen dagegen treffen müsse, daß nicht auch Stimmenwahl am Tage der Wahl auf der Straße konfisziert werden könnten. Wenn diese Verordnung in Dresden zu Recht besteht, so kann das in der That leicht geschehen. (Sehr richtig! links.) Es wird also durch diese Verordnung in der allergrößten und widergesetzlichsten Weise ein Grundrecht des Volkes illuftisch gemacht. Ein wichtiges Zubehör zu dem allgemeinen Wahlrecht wird vernichtet. Man hat die landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben, damit die Reichstagswahl nicht stören. Und nunmehr ist die Polizei an ihre Stelle getreten, nunmehr ist die Polizei Herrin über die Reichstagswahl. (Sehr gut! links.) In Sachsen ist das Wahlrecht den höheren Kreisen eben verhaft, Regierungsorgane haben dort es ja offen ausgesprochen, daß sie es zerstören wollen. An diesem Werke arbeiten dort die herrschenden Kreis Hand in Hand mit den Behörden. Da aber das Reichstagswahlrecht und dessen gesetzliche Befreiung nicht von beiden abhängt, so suchen sie auf Um- und Schleichwegen an dieses Wahlrecht heranzukommen. Es ist traurig und beschämend, wenn die Justiz sich in den Dienst beratlicher Dinge stellt. (Sehr richtig! links.)

Das Oberlandesgericht hat es ja gewagt, ausdrücklich zu erklären: daß auch vor dem Geleit eine Partei anders als die andere behandelt werden müsse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So dürfen Sie sich also auch darüber wundern, daß die Justiz von dem Volke immer mehr als eine Partei, als eine Klassenjustiz ausfaßt wird. (Sehr richtig! links.)

Ich bitte den Herrn Staatssekretär, sich über jene Bestimmung auszusprechen. Derartige Bestimmungen richten sich natürlich nur gegen die Sozialdemokratie. In Sachsen ist die Sozialdemokratie die einzige ernsthafte Oppositionspartei überhaupt. Die Sozialdemokratie wendet sich an die Masse des Volkes, sie will den einzelnen Mann an seine Rechte und Pflichten anmerksam machen. Die konservative Partei macht ihre Wahlen am liebsten ohne die Öffentlichkeit. (Sehr richtig!) Sie will die Masse des Volkes in vollständiger politischer Gedankenlosigkeit erhalten. (Aruhe rechts.) Weil wir den § 48, Absatz 5 u. 4, der Gewerbeordnung notwendig brauchen, deshalb sucht man ihn in Sachsen zu unterminieren. Aber die Herren mögen doch bedenken: Was wird man damit denn überhaupt erreichen? Es ist ja nicht das erste Mal, daß man hier im Reichstag über sächsische Verhältnisse sprechen muß. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes hat man dort das, was das Sozialistengesetz erreichen sollte, durch künftige Auslegungen der bestehenden Gesetze zu erreichen. Man hat versucht, das Koalitionsrecht einzuzwingen, der grobe Unfugsparagraph muß immer wieder auftragen. Und der Erfolg ist der, daß sämtliche drei Dresdener Kreise jetzt sozialdemokratisch vertreten sind. Wenn Sie das gewünscht haben, dann fahren Sie nur fort auf diesem Wege! Dadurch zerstören Sie am sichersten den letzten Rest von Vertrauen zur sächsischen Justiz, das im Volke etwa noch vorhanden sein sollte! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mag man nur fortfahren mit solchen Gewaltthaten, die sich äußerlich in rechtlichen Formen vollziehen, mit Gewaltthaten, wie wir eine im Völkner Artikel erlebt haben. Der Sozialdemokrat kann man den Weg zwar erschweren, aber man wird sie in ihrer Verbreitung nicht hindern. Für das sächsische Rechtss Leben aber gilt das Dichterwort, das die Themis dort von sich sagen könnte:

Womit, o Zeus, hab' ich den Schimpf verschuldet,
Doch man mein Bild in diesem Hause duldet?

(Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Generalstaatsanwalt Müller:

Der Vorredner hat die sächsischen Behörden angegriffen, ich will aber auf diese Eingehungen nicht eingehen. Daß die sächsischen Behörden nicht an die Zustimmung der sozialdemokratischen Partei rechnen dürfen, ist ihnen selber wohlbekannt. (Sehr gut! rechts.) Der Vorredner hat aber auch ein Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts hier zur Sprache gebracht und darüber will ich einige Worte erwähnen. Bei dieser Angelegenheit handelt es sich darum, ob eine Polizeiverordnung zu Recht besteht. Der Vorredner hat diese Frage verneint, daß Oberlandesgericht Dresden war entgegengeteilter Meinung. Ich halte die Entscheidung des Dresdener Oberlandesgerichts für durchaus begründet und berechtigt, sie ist auch unter meiner Zustimmung geschafft worden. (Aha! links. Bravo! rechts.) Ich brauche mich aber darüber nicht weiter auszulassen (Oho! links), denn es handelt sich hier um ein richterliches Urteil, das hier vom Reichstage nicht angefochten werden kann. (Bravurös rechts.) Dem Reichstage fehlt jede gesetzliche Möglichkeit, das Urteil hier zu kritisieren (Sehr gut! rechts) und ich habe für die erhobenen Angriffe nichts anderes übrig, als feste Zurückweisung. (Vörm bei den Sozialdemokraten. Sehr gut! rechts.) Der Herr Vorredner hat die sächsische Justiz eine Klassenjustiz genannt (Abg. Bebel: Sehr richtig!), das Dresdener Urteil einen Akt brutaler Gewalt (Abg. Bebel: Sehr richtig!). Unter dem Schilde der Rechtsehre treibt man hier einen Mißbrauch der Rechtsehre. (Vörm links. Viele Abgeordnete erheben sich.) Vicepräsident v. Frege: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. (Ruhe links; Zur Ordnung! Unerhört!) Ich bitte um Ruhe. (Oho! Oho! links.)

Redner fortlaufend: Ich wiederhole, wenn man hier Urteile als brutale Gewalttat bezeichnet, so ist das ein Missbrauch der Rechtsehre. (Sehr gut! rechts. Erneuter Vörm links. Abg. Stadthagen: Dann müssen die Urteile anders ausfallen.) Ich wiederhole, der Reichstag hat kein Recht, gerichtliche Urteile anzugeben. (Ruhe links; Zur Ordnung! Unerhört!)

Ich habe keine Veranlassung, mich weiter in die Debatte einzufassen. (Lebhafte Bravo! rechts. Vörm links.)

Auf eine Anfrage des Abg. Bassermann (nat. lib.) erwidert Staatssekretär Nieberding, daß ein Entwurf zum Schluß der Forderungen der Bauarbeiter ausgearbeitet und einer Sachverständigenkommission zur Prüfung unterbreitet worden sei. Die Kommission habe sich darüber ausgesprochen, daß der Entwurf die Wünsche der Bauarbeiter nicht bestreitet und werde demnächst die Prüfung einer neu aufgestellten Vorlage vornehmen.

Abg. Dr. Bösel (Wildau):

wünscht die Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte etwa bis zu Objekten von 500—600 M., sowie Änderung der Bestimmungen der Zwangsvollstreckung.

Staatssekretär Nieberding:

Manche Bedenken des Vorredners gegen die Zwangsvollstreckung werden verschwinden, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft treten wird. Die Frage der Beamtenqualität der Gerichtsvollzieher liegt sehr schwierig; wir behalten sie vorläufig im Auge.

Abg. Beck-Goburg (rechts, Vp.)

begründet seinen Antrag auf Entschuldigung solcher Personen, die zu Unrecht Unterbringungshaft erlitten haben. So schnell als möglich sollte die Gesetzgebung hier Reue schaffen. Man braucht sich nur an das Analogon der Entschädigung unschuldig Verurteilter zu halten.

Abg. Dr. Witt (Centr.):

kommt nochmal auf die Frage der bedingten Verurteilung zurück und auf die Ausführung der Strafpollstredung. Im Sinne einer Verminderung der Kriminalität sei die bedingte Verurteilung sehr wünschenswert und der bedingten Begnadigung jedenfalls vorzuziehen.

Vicepräsident v. Frege:

Ich muß noch auf die Rede des Abg. Dr. Gräbnauer zurückkommen. Er hat ein rechtskräftiges Urteil eine brutale Gewalttat genannt. Diese Bezeichnung ist ungültig. Ich rufe den Abgeordneten deshalb zur Ordnung. Dagegen beweise ich dem Verwaltungsgericht des Bundesstaates, Herrn Generalstaatsanwalt Müller, daß Mißbräuche der Rechtsehre hier im Hause nur von dieser Stelle aus gerichtet werden.

Die Weiterberatung wird hierauf am Mittwoch 1 Uhr fortgesetzt. Außerdem: Etat für den Reichstag, das Reichsschahamt und das Reichsreisenbahnamt. Sitzung: 5½ Uhr.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung fand am 20. Februar im Pantheon statt. Der Reichstagsabgeordnete Kloß-Stuttgart hielt einen Vortrag über: Die Wertsteigerung der menschlichen Arbeitskraft. Er weist auf das eigentliche Verhältnis hin, daß die Arbeit als Schöpferin aller Kultur gefeiert werden und daß gleichwohl die Arbeiter kaum das notwendigte zum Leben haben: schilderte den Kampf ums Dasein, den der Arbeiter für und mit seiner Familie führen muss, während die oberen Bevölkerung vor Vergnügen zu Leben genötigt werden und sich im Sommer in Seebädern die von den Ausregungen des Winters erschafften Nerven stärken. Er erörtert eine Reihe typischer Thatsachen, wie der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft behandelt wird und stellt die Gehälter der Bankdirektoren den Löhnen der Bergarbeiter gegenüber, die noch hoch über den Löhnen vieler Holzarbeiter stehen. Die menschliche Arbeitskraft wird durch die technisch vervollkommen Maschine, die Arbeitskraft des Mannes durch die der Frauen und Kinder entwertet. Das Mittel, dieser Entwertung entgegen zu arbeiten, sei die gewerkschaftliche Organisation, die von den herrschenden Streikern gefordert, als unterdrückt werden sollte. Der Redner weist in warmen Worten den Wert der Organisation nach und tabelliert ausführlich die Gleichgültigkeit, der sie noch immer begegnet. Nicht Streik sei der Hauptzweck der Organisation; sie habe mehr Streiks verhindert, als je solche stattgefunden haben. Wenn unsere Kinder eins beim Nachdenken über die Geschichte der Arbeiterbewegung uns fragen werden: Vater, wo standest Du? Möge dann jeder antworten können: Ich stand an der Seite meiner Klassengenossen und kämpfte für eine bessere Zukunft! Lebhafte Beifall folgte dem trefflichen Vortrag des Redners. In der Diskussion versucht der bekannte Allerweltspolitischer Bögemann in sehr misslichen Aussprüchen, den deutschen Kaiser in die Debatte zu versetzen, wobei er vom Vorsitzenden unterbrochen wird. Seine weiteren unverständlichen Ausführungen werden von schallendem Gelächter begleitet. Daran referierte Meusch über die gegenwärtige Situation auf dem Gebiete des Arbeitsnachwuchses. Leider hätten viele Holzarbeiter den früheren Versammlungsbeschluß nicht befolgt, wenn sie sich dabei auch in einer Notlage befanden. Seine früheren Ausführungen über die schwarzen Osten hätten die größte Entrüstung im Zimmerslager erzeugt. Die Holzarbeiter seien jedoch im Verhältnis einer solchen Auseinandersetzung, nachdem habe auch der Leipziger Innungsausschuss, nach einem Bericht des Leipziger Tagblatt, eine schwarze Liste herausgegeben. Er geht näher auf die dem Geleit widersprechende Verschmelzung des Innungsnachwuchses mit dem der Holzindustriellen ein, wogegen die Lokalverwaltung geeignete Schritte gethan habe, und empfiehlt eine Resolution zur Annahme, die die Regelung des Arbeitsnachwuchses der Lokalverwaltung und den neuengewählten Gewerbeausschüssen überträgt sowie die mögliche Vermeidung des Holzindustriellen-Nachwuchses und die Benützung des Holzarbeiter-Nachwuchses empfiehlt. Er charakterisiert die Praktiken des Industriellen-Nachwuchses, wofür er ein drastisches Beispiel anführt. Es gelte jetzt, durch Zusammenhalten die Position unseres Nachwuchses zu stärken. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem padigen Schlußwort Meuschs und dem Hinweis auf den am 11. März im Pantheon stattfindenden Lichtbildvortrag des Herrn Laube wurde die von annähernd 2000 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Deutsche Drechslerversammlung am 11. Februar im Coburger Hof. Nach einem Vortrag über Kapital und Arbeit beantragte Schirmer die Ausrufung eines allgemeinen Tarifes, soweit Massenartikel, als Säulen, Tisch- und Bettfüße etc., in Betracht kommen. Letztere Artikel würden trotz der durchgängig gleichen Farben in den einzelnen Werkstätten verschieden bezahlt. Der Antrag wurde gegen elliche Stimmen angenommen und der Sektionsleiter überwiesen. Der Vorsitzende, Kollege Hüssig, gab dann bekannt, daß er auf den Wunsch der lehrenden Versammlung hin bei dem Direktor der Fachschule für Drechsler, Herrn Walde, angefragt habe, wie sich die Leitung der Fachschule zur Einrichtung von Abendschuluren verhielte. Hierauf ist ein zustimmendes Schreiben eingelaufen, das der Vorsitzende verlas. Kollege Köhler, der die Frage: Wie stellen sich die Kollegen zur Beteiligung an Fachkursen? in leichter Verhandlung gest

um neue Vorschläge. Es wurden die Kollegen Wezel, Kind, Riemer und Gröger als Vertreter, E. König und Oberley als Stellvertreter vorgeschlagen. Am 5. Februar, als die Wahl eines Gesellenausschusses vorgenommen werden sollte, waren bloß acht Kollegen in der Innungsversammlung erschienen. Auf Antrag des Kollegen Wezel war deshalb die Wahl vertagt worden. Er fordert nun die Kollegen auf, sich darüber auszusprechen, ob wir uns überhaupt noch an den Wahl beteiligen wollen. Die Versammlung erklärte sich für Wahlbeteiligung. Vorschlägen zum Gesellenausschuss wurden die Kollegen H. König, Wezel, Karl Müller, Kind und Gröger. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen, die bei Innungsmeistern arbeiten, mit wählen können. Nachdem dann Lehner den Bericht als Vertrauensmann erstattet und Kollege H. König erklärt hatte, daß die Kasse und Bücher vor vierzehn Tagen seitens des Centralvorstandes in seinem sowie des Kollegen Beckmeyers Besitz revidiert und richtig befunden worden sind, wurde Lehner als Vertrauensmann wieder, Beckmeyer als Stellvertreter neu gewählt. Dann verließ Lehner einen Prospekt über den Arbeitsnachweis und beantragt, ihn drucken zu lassen und vierteljährlich an die Arbeitgeber zu verschicken. Dem wird zugestimmt. Ein Antrag Beckmeyers, eine Filiale zu errichten, wurde für diesmal abgelehnt. Zuletzt kam noch eine Werkstattangelegenheit zur Sprache. Beim Centralvorstand soll der Abschluß des Kollegen Schl. beantragt werden.

In einer öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter hielt am 12. Februar im Pantheon Genosse Schiemann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: Die projektierte Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Metallarbeiterverband. Gleich dem Referenten erkennen sämtliche Diskussionsredner die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung an. Folgende Resolution wird gegen sechs Stimmen angenommen: "Die heutige gut besuchte Versammlung erkennt die Notwendigkeit der Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung an. Sie stimmt dem Vorstandsantrag im Prinzip zu und hofft, daß die Leipziger Delegierten auf der Generalversammlung dafür eintreten." Vorher wurde noch die Aufstellung von 24 Kandidaten zu Generalversammlungsvorstattern der Ortskranenkasse resp. Erfahrungsmännern geregelt, wobei die vom Agitationsteam aufgestellte Liste einstimmig angenommen wurde. In der Debatte, an der sich Strecke, Reide und Kräckel beteiligten, wurde von ersterem betont, daß die letzten Vertreter ihre Pflicht nicht vollständig erfüllt haben, da sie entgegen dem Beschluss einer öffentlichen Versammlung von den vier letzten ausschließen Vorsitzenden drei wiedergewählt haben. Zu der am 5. März im Coburger Hof tagenden Landeskongferenz der Metallarbeiter Sachsen wurden fünf Delegierte und zwar Schiemann, Schröder, Wollenberg, Schramm und Schramm gewählt. Unter Gewerkschaftlichem wurde die Anzapfung der Metallarbeiter in der letzten Versammlung des Gewerkschaftsrates durch den Maurer Jacob wegen Herausgabe eigener Sammlungen von Böhme scharf zurückgewiesen. Schiemann erklärte das Vorgehen des Agitationsteams, und die Versammlung stellte dem letzteren durch eine gegen zwei Stimmen angenommene Resolution ein Vertrauensvotum aus.

Eine öffentliche Versammlung der Maschinen- und Heizer sowie Bergingenossen von Leipzig und Umgegend tagte am Sonntag den 19. Februar im Restaurant Spieß. Ueber Patent- und Gebrauchsrechtsschutz hielt Herr Patentanwalt Breslauer einen sehr reichhaltigen und hoch interessanten Vortrag, für den er reichen Beifall erntete. Die den ausständigen Textilarbeitern in Kreiselsdorf überhandneten 25 Mark wurden nachträglich bewilligt. Für die gemahrgelten Bergingenossen in Bitterfeld wurden 25 Mark abgeleistet; 10 Mark wurden ausgeworfen zur Besteitung der Kosten für die Ortskranenkassenwahl. Ferner wurde beschlossen, eine einmalige Extrasteuere in Höhe von 50 Pfg. pro Mitglied im laufenden ersten Quartalsjahr d. J. zu erheben. Auch wurde noch beschlossen, daß das diesjährige Herbstfest im Oktober im Pantheon stattfinden soll. In Unterstützungsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß sich unterstützungsbefürstigte Frauen an den Frauenverein für Rechtschutz wenden möchten, an dessen Spitze Frau Schuldirektor Poche steht. Sie hat jeden Mittwoch von 4 bis 7 Uhr nachmittags in Lehmanns Garten im Hause des Mädchengymnasiums Sprechstunde.

In einer von der Sektionsleitung der Metallarbeiter und dem Agitationsteam der Metallarbeiter nach dem Birkenhofschlößchen in Wahren einberufenen öffentlichen Versammlung der Metallbranche des Nordbezirks sprach am 8. Februar Genosse Schulz über die Entwicklung der deutschen Industrie. Zum zweiten Punkt: Wie erhalten und haben wir die Accords und Lohnpreise? legte der Vorsitzende dar, daß bei den heutigen Verhältnissen der Lohn eher zurückgeht und die Lebensmittel und Wohnungen immer teurer werden. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann wurde besonders auf den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen und schärfer gerichtet, daß noch Kollegen den Militär- und Holz- und Dunderlichen Vereinen antraten. Hervorzuheben ist, daß bei Verlesung der Präsenzliste Polphon und Kochmann gut vertreten waren, während Schröder, Adler, Kalliger, Dienst, E. Gr. Kochmann und die Firma Phoenix entweder nur schwach oder gar nicht vertreten waren. Von der Firma Phoenix war niemand anwesend. Auch die Kollegen der Firma Dienst waren zum größten Teil der Versammlung fern geblieben, während sie doch früher bei Accordreduzierungen bis auf den letzten Mann in den Werkstattversammlungen erschienen waren. Muß es denn erst wieder zu solchen Kalamitäten kommen, damit die Kollegen wieder mutter werden? Ein Beschluss, in der Metallbranche der Holz- und Metallarbeiter gemeinschaftlich Versammlungen abzuhalten, wird als vorteilhaft begrüßt.

Der Wahlverein für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis hielt am 21. Februar eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Förster aus Hamburg über das Thema: Die Holls- und Handelspolitik und die Arbeiter; 2. Ist der vom Centralkomitee veröffentlichte Entwurf zu einem Organisationsstatut der Partei förderlich? 3. Vereinsmitteilungen. Genosse Förster behandelte in ca. 1½ stündiger Rede sein Thema in vorzüglicher Weise und erzielte reichen Beifall für seine Ausführungen. Genosse Geyer referierte zum zweiten Punkt der Tagesordnung. Er betonte von vornherein, daß es sich heute nicht darum handeln könne, bindende Beschlüsse zu fassen, sondern, daß durch die Diskussion dieser Fragen nur möglichst klarheit geschaffen werden solle. Genosse Geyer unterzog den Entwurf einer eingehenden Kritik und kam zu dem Schluss, daß es verfehlt sei, zu schematisieren. Es müsse den Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen möglichst freie Hand gelassen werden, sich eine Organisation zu schaffen, mit deren Hilfe sie Erfolg erzielen könnten. Nachdem das Verbindungsvorbot in Sachsen gefallen sei, sollte man das Gesetz ausüben und eine bessere Konzentration der Kräfte herbeiführen. Dies sei am besten zu erreichen durch weiteren Ausbau und Kräftigung der sozialdemokratischen Vereine, in denen alle Parteiangelegenheiten öffentlich behandelt werden könnten. Der Entwurf verhindert dies aber, indem er die bisher bestehende Auseinanderhaltung, Vertragsmänner und Vereine, festlegen will. Lebhafte Beifall folgte den Ausführungen. In der Diskussion verteidigte Genosse Lipinski den Entwurf und war der Meinung, die Organisation auf längere Zeit festzulegen. Nachdem noch Genosse Geyer die Ausführungen Geyers unterstützt hatte, wurde die Debatte wegen vorgerückter Zeit abgebrochen. Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende bekannt, daß am 15. April das erste Stiftungsfest des Wahlvereins stattfindet. Ferner wird beschlossen, den Vorstand mit der Agitation zur Erwerbung des Bürgerrechts zu betrauen und dem Vorschlag des Vorstandes beizutreten, zu diesem Zwecke die in Leipzig-Stadt wohnenden sozialdemokratischen Stadtvorordneten mit hinzuzuziehen. Der Vorsitzende warf noch die Frage auf, durch wieviel Delegierte der 12. Wahlkreis auf der Landeskongferenz vertreten werden soll. Der Vorstand schlägt drei Delegierte vor, welcher Vorschlag ohne Widerspruch angenommen wurde. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Mitglieder auf, etwaigen Wohnungswechsel beim Kassierer E. Möller, Dresdener Straße 16, III., oder im Vereinskloster, Stadt Gotha, Gr. Fleischergasse, zu melden.

Südost. Am 19. Februar tagte im Gasthaus zum Deutschen Haus eine öffentliche Parteiversammlung mit der Tagesordnung: 1. Was will die Sozialdemokratie? 2. Bericht des örtlichen Vertrauensmannes; 3. Neuwahl des Vertrauensmannes sowie des Stellvertreters desselben; 4. Parteiangelegenheiten. Zum ersten

Punkt referierte Genosse Friedrich Geyer und legte an der Hand des Parteiprogramms klar, was die Sozialdemokratie erstrebt will. Wenn auch die Gegner sagen, es sei Utopistisch, so wissen wir ganz genau, daß sich unsere Ziele werden verwirklichen müssen. Im zweiten Teile des Programms werden von der heutigen Gesellschaft Konzessionen verlangt. Redner erläutert diese eingehend. Ihm wurde reicher Beifall gezollt für seine Ausführungen. Hierauf folgt der Bericht des Vertrauensmanns. Es haben statigfunden in den drei Flugblätter, zwei Handzettel und zweimal die Volkszeitung. Eingegangen sind an freiwilligen Beiträgen 70,80 Mk., ausgegeben wurden 75,15 Mk. bleibt Bestand 4,15 Mk. Als Vertrauensmann wurde Anton Dietrich, als Stellvertreter Minkwitz wiedergewählt. Zum letzten Punkt betont Genosse Geyer, daß zur diesjährigen Landesversammlung ein neuer Organisationsentwurf vorliegen werde und fordert die Parteigenossen auf, in den Vereinen und Versammlungen dazu Stellung zu nehmen, denn dieser Entwurf bedürfe einer gründlichen Besprechung. Hierauf Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung. Überwacht wurde die Versammlung von einem Gemeindebeamten, einem Gendarmer und zwei Schuhleuten.

Allgemeine Versammlung im Gasthof Stünz am 12. Februar. Genosse Müller-Markranstädt referierte über das Thema: Was gibt ein Bild der Entwicklung der Organisationen und zeigte an der Hand der verschiedenen Erstausgaben und Ansprüchen, wie die Sozialgefegebung von 1890 bis 1899 zu Ungunsten der Arbeiter gestaltet worden ist. Er wies nach, daß die deutsche Arbeiterschaft nur auf sich selbst angewiesen sei, wollte sie ihre Lage verbessern. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte die etwa 80 Männer starke Versammlung, nur in einem festen Zusammenschluß der arbeitenden Klassen ein Gegengewicht gegen das herrschende System zu sehen, und versprach, dem Arbeiterverein Stünz und Umgebung beizutreten. Ferner wurde zur Erwerbung des sächsischen Staatsbürgerschafts aufgefordert und eine dreigliedrige Kommission zu den betreffenden Vorarbeiten gewählt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

An die Arbeiterschaft von Stünz.
Wie aus dem in vorliegender Nummer abgedruckten Versammlungsbericht der am 12. Februar im hiesigen Gasthof abgehaltenen öffentlichen Versammlung zu ersehen ist, beschäftigte sich diese Versammlung auch mit der Frage, ob es nicht zweckmäßig sei, in unserem so schnell wachsenden und ausschließlich von Arbeitern bewohnten Ort eine Agitation zwecks Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit ins Werk zu setzen und beschloß einstimmig, zur Betreibung dieser Agitation eine Kommission zu wählen, die den Arbeitern mit Rat und That zur Seite stehen soll.

Über den Wert des Besitzes der sächsischen Staatsangehörigkeit kann unter den Arbeitern kein Zweifel sein, selbst dann nicht, wenn der eine oder der andere seinen Wohnsitz später wieder einmal wechseln sollte.

Da nun die Kommission in den nächsten Tagen ihre Arbeit beginnen wird, seien hiermit die Arbeiter erucht, auch in dieser Richtung das Streben des Arbeitervereins, das auf die Hebung der arbeitenden Klasse hinausläuft, fördern zu helfen.

Die Kommission.
Alfred Folge, Leipziger Straße 5, parterre.
Alfred Just, Grenzstraße 1, I.
Richard Roth, Schulstraße 15, Tr. A III.

Bur gefälligen Beachtung!

Von einigen Filial-Inhabern und Austrägern wird darüber geklagt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehlichen Leser darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbeitrag im voraus zu bezahlen ist, und daß unsere Austräger und Filialen Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats abzurechnen.

Die Expedition.

Markthelfer und Speditionsarbeiter.

Freitag den 24. Februar abends 1/2 uhr

Oeffentl. Versammlung

bei Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Organisationsformen der modernen Arbeiterbewegung und der zu Ostern stattfindende Kongreß. Referenten: die Genossen Gasch und Stange. 2. Wahl eines Delegierten zu dem zu Ostern in Leipzig stattfindenden Kongreß. 3. Diskussion. [206]

Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung muß es Pflicht eines jeden Kollegen sein, sich in der Versammlung aufzuklären oder für leichtere mit zu sorgen, damit die bevorstehende Verschmelzungfrage rechtzeitig gelöst wird. Darum erscheine ein jeder zur Mitarbeit.

Der Einberufer.

+ Naturheilverein Leipzig II. +

Kants Restaurant, Schlossgasse.

Donnerstag, 23. Februar, abends 9 Uhr Generalversammlung.

Unerlaubiges Reihen wird mit 25 Pfg. bestraft.

[2076]

Verein d. in Schriftgessereien

und verw. Berufen besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen von Leipzig u. Umgeb.

Samstagabend den 25. Februar 1899 [2058]

II. Stiftungs-Fest

im Saale des Pantheons, Dresden Straße.

bestehend in Instrumental- und Vokal-Konzert ausgeführt von der Kapelle des Herrn Musikdirektor R. Thell, Leipzig, und dem Arbeiter-Gesangverein Leipzig-Thonberg.

[2059]

Ball bis 4 Uhr.

Ausgang 8 Uhr. Gastprogramme an der Kasse 25 Pfg.

Hierzu lädt freundlich ein. Der Vorstand.

Nationale Krankenkasse d. deutschen Gold- u. Silberarbeiter u. verw. Berufsg. (E. H.)

Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend den 25. Februar abends 8 Uhr in Mehner's Ballräumen, Langer, Grosser Humor-Abend, ausgeführt von den Leipziger Konzertsängern aus dem Kristallsaal. Nach den Vorträgen Ball.

Programme sind im Vorberlauf beim Buffetier in Mehner's Ballräumen und in der Oberverwaltung zu haben.

[2061]

Gemeinnütziger Verein, Gautzsch.

Sonntag, den 26. Februar 1899

Oeffentl. wissenschaftl. Vortrag (Kosmos).

Glück 5 Uhr. Erwachsen 25 Pfg. Kinder 10 Pfg. Ausgang 6 Uhr.

Zu der am Sonnabend den 4. März stattfindenden Generalversammlung wird

dringend um aufsichtiges Erscheinen der Mitglieder erucht.

Der Vorstand.

+ Naturheilverein für Wahren +

und Umgegend.

Mittwoch den 22. Februar abends präcis 1/2 uhr
im neu erbauten Gesellschaftszimmer der Salzmüse

Großer öffentlicher Vortrag über Medizin und Naturheilkunde.

Referent: Herr Ernst Rudolph, Gohlis.

Zu diesem lehrreichen Vortrag lädt die gesetzliche Einwohnerkasse zu Wahren und Umgegend ein. Eintritt frei. Der Vorstand.

Goldwaren

Trauringe, Broschen, Ohringe, Armbänder, Ketten, Kreuze, Medallions etc. neue und getragene verkauft vorzüglich. Uhrmacher Hille, Reichstraße 19.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaren. Eigene Tischler- u. Tapizerwerkstatt. Aufpolstern v. Sofas u. Matratzenreparaturen u. Aufpolstern von Möbeln. Billige Preise. Prompte Bedienung. Karl Drössiger, Südr. 23.